



Inhalt	Seite
<b>GI Leitsätze</b>	208
<b>Haftung des Rechtsanwalts</b>	209
– Belehrungspflichten gegenüber dem Mandanten	
– Handlungspflichten gegenüber dem Gericht	
– Abgrenzung des Verantwortungsbereichs des Prozeß- bevollmächtigten gegenüber dem des Verkehrsanwaltes	
(BGH Urt.v. 28. 6. 1990 – IX ZR 209/89)	
<b>Prospekthaftung des Wirtschaftsprüfers, Steuerberaters</b>	221
– Kapitalanlage im Bauherrenmodell	
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen	
(BGH Urt.v. 31. 5. 1990 – VII ZR 340/88)	
<b>Schadenersatzanspruch</b>	231
– Anrechnung von Steuervorteilen	
(BGH Urt.v. 6. 11. 1989 – II ZR 235/88)	
<b>Fortbildungspflicht des Rechtsanwalts</b>	233
– § 43 Satz 1 BRAO	
(OLG München Urt.v. 5. 5. 1989 – 14 U 646/88)	
<b>Kostenerstattung</b>	235
– Umsatzsteuer	
(BFH Beschl.v. 6. 4. 1990 – VII E 9/89)	

## GI Leitsätze

### Rechtsmittel per Telefax / Kontrolle des Eingangs

Soll eine Rechtsmittel- oder Rechtsmittelbegründungsschrift per Telefax übermittelt werden, so erfordert eine wirksame Endkontrolle fristwahrender Maßnahmen, daß die jeweilige Frist erst gelöscht wird, wenn ein von dem Telefaxgerät des Absenders ausgedruckter Einzelnachweis vorliegt, der die ordnungsgemäße Übermittlung belegt (im Anschluß an Senat, NJW 1989, 589, Nr. 9; VersR 1988, 942 u. Beschl. v. 13. 7. 1989 – VII ZR 2/89, noch nicht veröffentlicht. (BGH Beschl. v. 28. 9. 1989 – VII ZB/89, BRAK-Mitteilung 1990, 117)

### Elektronische Fristenkontrolle

Bei elektronischer Fristenkontrolle ist sicherzustellen, daß Datenverluste durch System- oder Bedienungsfehler ausgeschlossen werden können. (OLG München Beschl. v. 2. 5. 1989 – 21 U 2463/89, NJW 1990, 191)

### Honorarklage / Gerichtsstand / Allgemeine Auftragsbedingungen

1. Durch Einbeziehung der „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ kann wirksam eine Vereinbarung über den Erfüllungsort getroffen werden.
2. Für Honorarklagen eines Wirtschaftsprüfers ist gem. § 29 Abs. 1 ZPO das Gericht des Berufssitzes zuständig. (LG Köln Beschl. v. 15. 5. 1990 – 86 O 61/90, WPK-Mitt. 1990, 157; vgl. OLG Düsseldorf GI 1986, 156: ohne AGB ist Erfüllungsort der Honorarforderung der Wohnsitz des Mandanten; dort muß die Honorarklage erhoben werden.)

### Steuerhaftung des Rechtsanwaltes / Erbschaftssteuer

Im Rahmen eines nicht besonders ausgestalteten und erweiterten Mandatsverhältnisses haftet der Rechtsanwalt nicht nach § 35 AO für Erbschaftssteuerschulden des Mandanten.

Zieht der Rechtsanwalt auftragsgemäß Nachlaßwerte auf einem Anderkonto zusammen und stellt er die Gelder sodann vor Zahlung der Erbschaftssteuer dem außerhalb des Geltungsbereichs des Erbschaftssteuergesetzes wohnhaften Berechtigten zur Verfügung, haftet er auch nicht nach § 20 Abs. 6 Satz 2 Erbschaftssteuergesetz für die nicht gezahlte Erbschaftssteuer. (FG Berlin Urt. v. 17. 1. 1989 – V 95/86, BRAK-Mitteilung 1990, 118)

### Kosten der Steuerberaterprüfung / Fortbildungskosten

Aufwendungen für die Teilnahme an einem Lehrgang zur Vorbereitung auf die Steuerberaterprüfung sind Fortbildungskosten im Sinne § 9 Abs. 1 EStG. (Niedersächsisches FG Urt. v. 15. 6. 1990 – II 104/89, EFG 1990, 172)

## Haftung des Rechtsanwaltes

- Belehrungspflichten gegenüber dem Mandanten
- Handlungspflichten gegenüber dem Gericht
- Abgrenzung des Verantwortungsbereichs des Prozeßbevollmächtigten gegenüber dem des Verkehrsanwaltes

(BGH Urt.v. 28.6.1990 – IX ZR 209/89)

### Leitsätze:

1. Zur Frage, ob der Prozeßbevollmächtigte Sachvortrag im Vertrauen darauf zurückhalten darf, einen für den Fall der Erforderlichkeit erbeten gerichtlichen Hinweis zu erhalten.
2. Zur Abgrenzung der Haftung des Prozeßbevollmächtigten gegenüber derjenigen des Verkehrsanwaltes seines Mandanten.

### Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Rechtsanwalt muß „gewöhnliche“ Fehler des Gerichts zu verhindern suchen. Er bleibt für etwaige Versäumnisse des Gerichts mitverantwortlich.
2. Weisungen entlasten den Anwalt nur, wenn der Mandant nach eindringlicher Belehrung auf der Weisung beharrt.
3. Die Prozeßtaktik ist in erster Linie vom Prozeßanwalt zu verantworten.
4. Der Zurechnungszusammenhang wird durch eine weitere Ursache nur dann unterbrochen, wenn der Geschädigte selbst in ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt. Die Wiederholung des Fehlers aus erster Instanz durch den zweitinstanzlichen Prozeßanwalt liegt nicht außerhalb aller Wahrscheinlichkeit.
5. Ein dem Mandanten zurechenbares Mitverschulden ist nicht gegeben, wenn der Verkehrsanwalt der Prozeßtaktik von sich aus nicht widerspricht.

### Aus den Gründen:

1. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Die Beklagten hätten ihre anwaltlichen Pflichten nicht verletzt, indem sie darauf vertraut hätten, einen richterlichen Hinweis zu erhalten, wenn wider Erwarten ein

Vorbringen der Firma R. zur Schadenhöhe erforderlich sein sollte. Die Fürsorgepflicht hätte dem Landgericht seinerzeit einen Hinweis geboten, wenn es außer Vortrag zu den vorrangig behandelten Fragen der Zuständigkeit und Verjährung auch solchen zur Schadenhöhe für erforderlich hielt; denn ihm sei erkennbar gewesen, daß die Beklagten den Streitstoff zunächst bewußt hätten eingrenzen wollen.

2. Mit diesen Erwägungen faßt das Berufungsgericht, wie die Revision zutreffend rügt, den vertraglichen Pflichtenkreis des Rechtsanwalts (§§ 675, 611 Abs. 1 BGB) zu eng. Kraft des Anwaltsvertrages ist der Rechtsanwalt verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen. Er muß sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Welche konkreten Pflichten aus diesen allgemeinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des einzelnen Falles (Senatsurt. v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86, GI 1988, 164 = WM 1988, 382, 385).

Für die Beklagten bedeutete das zunächst, daß sie eine Verurteilung der Firma R. in dem gegen sie angestrenzten Schadenersatzprozeß möglichst insgesamt zu verhindern hatten. Dem dienten die Rüge der örtlichen Unzuständigkeit und die Verjährungseinrede. Hilfsweise hatten die Beklagten aber auch die Möglichkeit zu bedenken, daß ihre Mandantin dem Grunde nach für schadenersatzpflichtig gehalten werden könnte. Denn gibt die rechtliche Beurteilung zu ernstlich begründeten Zweifeln Anlaß, so muß der Rechtsanwalt auch in Betracht ziehen, daß sich die zur Entscheidung berufene Stelle der seinem Auftraggeber ungünstigeren Beurteilung der Rechtslage anschließt (Senatsurt. aaO).

So lag der Fall hier. Da die von der Firma R. geschuldete Werkleistung in W. zu erbringen gewesen war, mußte das dort angerufene Landgericht seine aus § 29 Abs. 1 ZPO folgende Zuständigkeit (vgl. dazu BGH Beschl. v. 5.12.1985 – I ARZ 737/85, JZ 1986, 252) nur verneinen, wenn ein abweichender Erfüllungsort oder Gerichtsstand vereinbart war. In Ermangelung einer ausdrücklichen Abrede hing eine solche Vereinbarung allein davon ab, ob Nr. 12 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma R. wirksamer Vertragsbestandteil geworden war. Diese Frage war sogar nach deren eigenem Vortrag ebensowenig zweifelsfrei zu bejahen wie diejenige, ob die eingeklagten Gewährleistungsansprüche verjährt waren. In dieser Hinsicht war zu bedenken, daß die Firma R. auch eine mögliche Arglist des von ihr eingeschalteten

Subunternehmers als ihres Erfüllungsgehilfen (vgl. dazu BGHZ 66, 43, 45) nach § 278 BGB zu vertreten hatte, dessen Kenntnis wegen der Art und des Umfangs der im einzelnen behaupteten Mängel nicht fernlag. Ein pflichtgemäß handelnder Prozeßbevollmächtigter durfte sich deshalb nicht völlig auf den Erfolg der hauptsächlichen Verteidigungsmittel verlassen, sondern mußte weiter darauf bedacht sein, einen von seiner Mandantin möglicherweise geschuldeten Schadenersatz so gering wie möglich zu halten.

Das hat auch der den Prozeß bearbeitende Beklagte zu 2) im Ansatz nicht verkannt. Wenn er gleichwohl von eingehendem Sachvortrag zur Schadenhöhe abgesehen hat, so deswegen, weil er sich darauf verlassen hat, das Gericht werde ihm rechtzeitig einen Hinweis erteilen, ehe es über die Klage auch der Höhe nach entscheiden werde. Damit hat der Beklagte objektiv seine Vertragspflicht verletzt. Denn von mehreren in Betracht kommenden Maßnahmen hat der Rechtsanwalt regelmäßig diejenige zu treffen, welche drohende Nachteile am wahrscheinlichsten vermeiden; wenn mehrere Wege möglich sind, um den erstrebten Erfolg zu erreichen, hat er denjenigen zu wählen, auf dem dieser am sichersten und gefahrlosesten erreichbar ist (BGH Urt.v. 22. 9. 1958 – III ZR 16/58, VersR 1958, 860, 861; Urt.v. 20. 2. 1965 – VI ZR 129/73, VersR 1975, 540, 541; Senatsurt.v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, aaO).

Von diesem Rechtsgrundsatz war, entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts, auch hier auszugehen. Im Zivilprozeß obliegt die Beibringung des Tatsachenstoffs in erster Linie der Partei. Der für sie tätige Anwalt ist verpflichtet, den Versuch zu unternehmen, das Gericht davon zu überzeugen, daß und warum seine Auffassung richtig ist (Senatsurt.v. 5. 11. 1987 – IX ZR 86/86, GI 1988, NJW 1988, 486, 487; v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, aaO). **Fehler des Gerichts muß er erforderlichenfalls zu verhindern suchen** (BGH, Urt.v. 25. 6. 1974 – VI ZR 18/73, NJW 1974, 1865, 1866). **Etwaige Versäumnisse des Gerichts schließen die Mitverantwortung des Rechtsanwalts für eigenes Versehen grundsätzlich nicht aus** (vgl. RGZ 152, 330, 341; RG JW 1915, 645 f; BGH Urt.v. 17. 9. 1964 – III ZR 215/63, NJW 1964, 2402, 2404 mit kritischer Anmerkung von Schultz MDR 1965, 264 f; Senatsurt.v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, GI 1988, 164 = WM 1988, 987, 993; Müller MDR 1969, 797 ff).

Ob etwas anderes im Falle ganz ungewöhnlich schwerer Fehlgriffe der zur Entscheidung berufenen Stelle gilt, die außerhalb jedes realitätsgerechten Vorstellungsvermögens eines durchschnittlich erfahrenen, sorgfältigen und vorsichtigen Rechtsanwalts liegen (vgl. für eine schiedsgerichtliche Entscheidung RGZ 151, 259, 264 f), kann hier dahingestellt bleiben. Denn diese Voraussetzung lag sogar dann nicht vor, wenn dem Beklagten zu 2)

nach der objektiven Rechtslage ein Hinweis hätte erteilt werden müssen. Ein zweifelsfrei gesichertes zivilprozessuales Recht auf einen Hinweis hatte die Firma R. im Vorprozeß jedenfalls nicht. § 278 Abs. 3 ZPO griff nicht zu ihren Gunsten ein, weil sie den rechtlichen Gesichtspunkt der Schadenhöhe nicht für unerheblich gehalten, sondern ihn kurz behandelt und trotz erkannter allgemeiner Erheblichkeit erklärtermaßen eingehende Ausführungen zunächst bewußt zurückgestellt hatte. Ob in einem solchen Fall die Voraussetzungen der §§ 273 Abs. 1, 139 Abs. 1 ZPO dafür gegeben sind, baldigen ergänzenden Tatsachenvortrag anzuregen, unterliegt der pflichtgemäßen Beurteilung durch das Gericht. Sogar wenn ein derartiger Hinweis objektiv einer fairen Verfahrensführung entsprochen haben sollte – was dahingestellt bleiben mag –, bestand erkennbar die Möglichkeit, daß das Gericht, wie geschehen, die Beweggründe des Beklagten zu 2) für das Unterlassen eingehender Behauptungen mißverstehen würde, indem es annahm, die Firma R. könne in Wahrheit ihr pauschales Vorbringen nicht näher ausführen, weil nach der Lebenserfahrung allenfalls denkbare Wertsteigerungen durch fortbestehende Nachteile ausgeglichen würden. Dafür konnte immerhin sprechen, daß die Prozeßgegnerin die fehlende Substantiierung des Vortrags ausdrücklich gerügt hatte und das Gericht von der fachkundigen Firma R. unter Umständen annehmen konnte, sie habe das Fehlende selbst erkannt, könne aber nichts daran ändern, so daß der Sachverhalt genügend geklärt sei. Dann brauchte das Gericht nicht einmal bei der hier durch § 287 Abs. 1 ZPO gebotenen freien Würdigung weitere Aufklärungen für nötig zu halten. Weiter war zu bedenken, daß das Gericht möglicherweise ohne Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG ein Spannungsverhältnis erblicken konnte zwischen der durch einen Hinweis erfolgenden Hilfestellung für eine Partei und dem prozessualen Anspruch der Gegenerin auf eine ihr günstige Entscheidung, sobald die Voraussetzungen hierfür vorlagen, und daß es bei beiderseits anwaltlich vertretenen Parteien (vgl. zu diesem Gesichtspunkt BGH Urt. v. 6. 6. 1977 – III ZR 53/75, WM 1977, 1201, 1203 unter 3 b; Urt. v. 9. 11. 1983 – VIII ZR 349/82, NJW 1984, 310 f.) – sei es auch zu Unrecht – besorgte, durch einen Hinweis auf offensichtliche und gerügte Lücken im Vertrag den **Eindruck der Parteilichkeit** zugunsten der Beklagten zu erwecken (§ 42 Abs. 1 ZPO). **Die ausgesprochene Bitte des Beklagten um einen Hinweis verpflichtete für sich allein das Gericht nicht dazu, wenn es die gesetzlichen Voraussetzungen nicht ohnehin als gegeben ansah** (vgl. Baumbach/Lauterbach/Hartmann, ZPO 48. Aufl. § 139 Anm. 2 B). Art. 103 Abs. 1 GG gebietet einen gerichtlichen Hinweis jedenfalls dann nicht, wenn eine Partei die ihr eröffnete Gelegenheit zur Äußerung aus prozeßtaktischen Gründen – vorläufig – bewußt nicht nutzt. Mit einem Hinweis konnte der Beklagte zu 2) auch nicht deswegen sicher rechnen, weil nach

seinen bisherigen Erfahrungen die damals zur Entscheidung berufene Kammer § 139 Abs. 1 ZPO allgemein verhältnismäßig großzügig anwendete. Denn auch eine solche Übung hätte die aufgezeigten Möglichkeiten zu einer abweichenden Beurteilung des Einzelfalles nicht ausgeräumt.

Das Berufungsgericht hat es in diesem Zusammenhang offengelassen, ob die Äußerungen der Mitglieder der Zivilkammer in der mündlichen Verhandlung den Eindruck erweckten, es komme entscheidend auf die Zuständigkeitsfrage an, und eine Sachentscheidung zum Nachteil der Firma R. werde nicht ohne vorherige Beweisaufnahme ergehen können. Zu einer solchen Erwartung berechnete objektiv aber weder die behauptete Anfrage von Mitgliedern der Kammer an den Vertreter der Firma R., ob er nicht lieber in erster Linie Verweisung beantragen wolle noch der Umstand, daß das Landgericht durch verkündeten Beschluß der Firma R. aufgab, das für die Gerichtsstandvereinbarung angeblich maßgebliche Schreiben vorzulegen. Bei unvoreingenommener Betrachtungsweise ließen diese aufklärenden Maßnahmen des Gerichts keine zuverlässigen Rückschlüsse darauf zu, daß es auf die Schadenhöhe nicht ankommen werde. Denn der Verweisungsantrag blieb nur hilfsweise gestellt; und das Ergebnis der Überprüfung des vorzulegenden Schreibens war nicht sicher vorauszusehen. Es ist deshalb auch unerheblich, daß die Beklagten nicht einmal dargelegt haben, was sie ohne diese beiden Maßnahmen in der mündlichen Verhandlung zur Schadenhöhe vorgetragen hätten.

Was der Beklagte zu 2) der Sache nach erstrebte, war eine abgesonderte Verhandlung und möglicherweise Entscheidung (§§ 300, 303, 304 ZPO) über die Zuständigkeit des Gerichts und den Haftungsgrund. Eine solche kann aber nach § 146 ZPO nur das Gericht gemäß seinem pflichtgemäßen Ermessen anordnen. Da eine abgesonderte Verhandlung meist dem Gebot der Verfahrensbeschleunigung (§ 272 Abs. 1 ZPO) zuwiderlaufen würde, ist davon zurückhaltend Gebrauch zu machen. Ob es im hier zu beurteilenden Falle, wie das Berufungsgericht meint, wenigstens im Ansatz erwägenswert gewesen wäre, „den Prozeßstoff nicht unnötig zu überfrachten“, braucht nicht entschieden zu werden. Denn die Partei kann eine abgesonderte Verhandlung zwar anregen, aber nicht erzwingen. Der Beklagte zu 2) hat nicht einmal eine Anregung auf abgesonderte Verhandlung schriftsätzlich formuliert. **Ein Rechtsanwalt, der sich unter solchen Umständen darauf verläßt, zur Schadenhöhe nichts vortragen zu müssen, geht nicht den sichersten Weg, sondern zu Lasten seines Mandanten ein erhebliches Risiko ein** (vgl. Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht Rdn. 180, S. 99; Müller JR 1969, 161, 165). Dieses verwirklichte sich vorliegend darin, daß das Landgericht die Schadenhöhe als unstreitig ansah und die Firma R. zur Zahlung der geltend gemachten 189.000 DM verurteilte.

Ein derartiger Schaden fällt in den Schutzbereich der Anwaltpflichten, die auch verhindern sollen, daß gegen den Mandanten wegen unzureichenden eigenen Sachvortrags eine materiell falsche Entscheidung ergeht (vgl. Vollkommer aaO Rdn. 385, 389).

3. Das Berufungsgericht läßt die Frage offen, ob eine Pflichtverletzung der Beklagten deshalb ausscheide, weil sie **sich mit ihrer Prozeßtaktik nach dem Auftragsschreiben der Verkehrsanwälte vom 9.3.1981 gerichtet haben**. Das entlastet die Beklagten aber nicht.
- a) Als Prozeßbevollmächtigte haben die Beklagten nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, ihre Mandantin über die Risiken der von ihr vorgeschlagenen Prozeßtaktik aufgeklärt. Der Auftraggeber, der sich in Rechtsangelegenheiten an einen Rechtsanwalt wendet, darf erwarten, daß er über die Gesichtspunkte und Umstände, die für sein weiteres Verhalten in der Angelegenheit entscheidend werden können, eingehend und erschöpfend belehrt werde (BGH Urt.v. 21.11.1960 – III ZR 160/59, VersR 1961, 134, 135). Es ist Sache des Anwalts, seiner Partei die Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziele führen (RGZ 161, 280, 281 f); die dazu notwendigen Tatsachen hat er zu erfragen (BGH Urt.v. 15.1.1985 – VI ZR 65/83, VersR 1985, 363, 364 unter II 2). Soweit sein Auftraggeber nicht unzweideutig zu erkennen gibt, daß er des Rates nur in einer bestimmten Richtung bedürfe, ist der Anwalt zur allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung des Auftraggebers verpflichtet (BGH Urt.v. 12.7.1969 – III ZR 89/59, VersR 1969, 932, 933). **Er muß dabei die Zweifel und Bedenken, zu denen die Sachlage Anlaß gibt, darlegen und erörtern** (BGH Urt.v. 21.11.1960 – III ZR 160/59, aaO), insbesondere wenn er einen weniger sicheren Weg gehen will (Senatsurt.v. 31.10.1985 – IX ZR 175/84, WM 1986, 199, 202 unter II 1; vgl. auch BGH Urt.v. 23.6.1981 – VI ZR 42/80, VersR 1981, 982, 984). Ist er beauftragt, einen Rechtsstreit zu führen, so muß er den Auftraggeber über die Notwendigkeiten, Aussichten und Gefahren des Prozesses ins Bild setzen, soweit der Mandant zu eigener Beurteilung nicht in der Lage ist (BGH Urt.v. 17.1.1963 – III ZR 145/61, VersR 1963, 387, 388). Das alles gilt grundsätzlich auch gegenüber Weisungen des Mandanten (BGH Urt.v. 20.12.1962 – III ZR 191/61, VersR 1963, 359, 360 unter IV 3; Urt.v. 10.6.1980 – VI ZR 127/79, VersR 1980, 925, 926 unter II 1 b). **Lediglich wenn dieser nach eindringlicher Belehrung durch den Rechtsanwalt auf seiner Weisung beharrt, verstößt der Anwalt mit deren Befolgung gemäß § 675, 665 BGB nicht gegen seine Vertragspflichten** (vgl. BGH Urt.v. 4.12.1972 – VI ZR 10/72, VersR 1974, 488, 489 unter II 2; Urt.v. 20.3.1984 – VI ZR 154/82, NJW 1985, 42, 43 unter II 1 a).



In ihrem – den Beklagten zugeleiteten – Auftragsschreiben vom 3. 3. 1981 hatte die Firma R. nicht etwa zu erkennen gegeben, daß sie es für entscheidend erachte, zur Schadenhöhe zunächst nichts vorzutragen. Sie hat lediglich ihre laienhaften Vorstellungen über Bedeutung und Reihenfolge des Prozeßvortrags mitgeteilt und begründet. Daß dies keinesfalls eine unabänderliche Weisung sein sollte, ergab sich aus dem am Ende des Schreibens ausgedrückten Wunsch, sich jedenfalls den Weg zur Schadenreduzierung der Höhe nach offenzuhalten, und aus ihrem Angebot, sich für Rückfragen zur Verfügung zu halten. Dieses Schreiben ließ nicht erkennen, daß die Auftraggeberin einer Beratung nicht bedürfe oder sie nicht wünsche. Der Senat kann das selbst auslegen, weil das Berufungsgericht insoweit von einer Auslegung abgesehen hat. Keinesfalls durften die Beklagten mit Rücksicht auf dieses Schreiben von einer Aufforderung an ihre Mandantin absehen, auch eingehenden Sachvortrag zur Schadenhöhe zu ermöglichen.

- b) Die Belehrungspflicht entfiel ferner nicht deswegen, weil sich die Firma R. ihrer ständigen Rechtsberater als Verkehrsanwälte bediente. Die Pflicht des zum Prozeßbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalts zu sachgemäßer Prozeßführung ändert sich grundsätzlich nicht dadurch, daß in die Korrespondenz zwischen ihm und dem Mandanten ein Verkehrsanwalt eingeschaltet ist (Senatsurt.v. 17. 12. 1987 – IX ZR 41/86, aaO S. 387; Senatsurt.v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, aaO S. 990; Vollkommer, aaO Rdn. 320 – 322; Seltmann VersR 1974, 97, 102). **Der Prozeßbevollmächtigte hat nach dem deutschen Zivilprozeßrecht (§ 81 ZPO) eine selbständige, eigenverantwortliche Stellung, die sich zugleich auf das vertragliche Innenverhältnis zu seinem Mandanten auswirkt.** Insbesondere verantwortet der Prozeßbevollmächtigte, nicht der Verkehrsanwalt, die einzuschlagende Prozeßtaktik. Allenfalls der beim Prozeßgericht zugelassene Rechtsanwalt kann die Vorzüge und Nachteile einer bestimmten Art der Prozeßführung aufgrund seiner Kenntnis der örtlichen und persönlichen Eigenarten des angerufenen Gerichts hinreichend zuverlässig abschätzen. Hält er die vorgeschlagene Taktik für unzumutbar, riskant oder gar nachteilig, so muß er seine Bedenken gegenüber demjenigen Anwalt kundtun, der den Schriftverkehr zwischen ihm und dem Mandanten vermittelt. **Gegenüber dem rechtskundigen Verkehrsanwalt mag zwar eine weniger eindringliche und stattdessen differenziertere Form des Hinweises genügen, doch ist dieser nicht insgesamt verzichtbar.** Erst wenn auf eine solche „Gegenvorstellung“ hin der Verkehrsanwalt die Weisung des Mandanten übermittelt, es solle bei der von ihm vorgeschlagenen Prozeßtaktik bleiben, verletzt der Prozeßbevollmächtigte im allgemeinen nicht seine Ver-

tragspflichten, indem er die Weisung befolgt. Soweit eine stärkere Bindung des Prozeßbevollmächtigten an einen schon vom Verkehrsanwalt vorformulierten Klageabweisungsantrag angenommen worden ist (BGH Urt.v. 7.10.1976 – III ZR 110/74, VersR 1977, 421, 422), ist eine solche Rücksichtnahme auf das gewünschte Ziel der Rechtsverfolgung selbst nicht vergleichbar mit der hier maßgeblichen Frage, welcher Weg am zweckmäßigsten dahin führt. **Diese fällt in den Kernbereich der Prozeßtaktik, die in erster Linie der Prozeßbevollmächtigte zu verantworten hat.**

Die Verkehrsanwälte hatten in ihr eigenes Auftragsschreiben vom 9.3.1981 eine Anregung, zur Schadenhöhe zunächst nichts vorzutragen, nicht übernommen. Stattdessen hatten sie das Angebot zu Informationsgesprächen für den Bedarfsfall wiederholt. Für die Beklagten war daraus keinesfalls zu erkennen, daß die Firma R. etwa ihre Anregung, zur Schadenhöhe zunächst keine Einzelheiten vorzutragen, nach rechtskundiger Belehrung unterbreitet hatte. Von der Pflicht zu einer solchen Belehrung waren die Beklagten somit nicht freigestellt. Der Beklagte zu 2) verletzte objektiv seine Vertragspflichten, indem er die Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Prozeßtaktik nicht überprüfte, sondern sich die laienhafte Anregung im Auftragsschreiben ohne weiteres zu eigen machte.

II. Das angefochtene Urteil ist auch nicht aus anderen Gründen richtig (§ 563 ZPO).

1. Der Beklagte zu 2) hat seine Vertragspflichten als Rechtsanwalt objektiv nicht erfüllt. Seine Ausführungen im Vorprozeß waren gegenüber der eingehenden Klagebegründung als Bestreiten der Schadenhöhe nicht hinreichend substantiiert (§ 138 Abs. 3 ZPO). Daher kommt seine Haftung für den eingetretenen Schaden unter dem Gesichtspunkt der positiven Vertragsverletzung in Betracht. Bei Beobachtung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt (§ 276 Abs. 1 BGB) hätte er erkennen können und müssen, daß er den sichersten Weg zu gehen hatte, das heißt Vortrag zur Schadenhöhe nicht zurückstellen durfte im Vertrauen darauf, einen Hinweis des Gerichts zu erhalten. **Seine Fahrlässigkeit wurde nicht dadurch ausgeschlossen, daß das Berufungsgericht als Kollegialgericht seine Prozeßtaktik als vertragsgerecht beurteilt hat.** Sogar wenn sich die gegenteilige, im Recht der Amtshaftung entwickelte Richtlinie auf vertragliche Ansprüche übertragen ließe, was dahingestellt bleiben mag (verneinend BGH Urt.v. 20. 3. 1961 – III ZR 172/59, LM § 675 BGB Nr. 28 a. E.; Senatsurt.v. 31. 10. 1985 – IX ZR 175/84, GI 1988, 145 = WM 1986,

199, 202 f unter II 4), scheitert ihre Anwendung hier jedenfalls daran, daß das Berufungsgericht wesentliche Gesichtspunkte nicht berücksichtigt hat, nämlich die Möglichkeit, daß das im Vorprozeß zur Entscheidung berufene Landgericht die Voraussetzungen für einen gerichtlichen Hinweis nach den gegebenen Umständen enger beurteilen konnte. Für die Folgen der pflichtwidrigen Unterlassung des Beklagten zu 2) haftet gegebenenfalls auch der Beklagte zu 1) als sein Sozius (vgl. dazu BGHZ 56, 355, 359; 70, 247, 249; BGH Urt.v. 15. 1. 1985 – VI ZR 65/83, GI 17/85 = VersR 1985, 363, 364 unter II.1).

Der geltend gemachte Schadenersatzanspruch ist nicht verjährt. Die dreijährige Verjährungsfrist des § 51 BRAO begann frühestens am 30. 7. 1981 zu laufen, als das Landgericht im Vorprozeß das Urteil verkündete. Denn vorher war der Firma R. durch das Zurückstellen von Parteivortrag noch kein Schaden entstanden. Der Ablauf der Verjährungsfrist wurde sodann durch die am 30. 7. 1984 eingereichte und am 6. 8. 1984 zugestellte Schadenersatzklage unterbrochen (§ 209 Abs. 1 BGB, § 270 Abs. 3 ZPO).

2. Allerdings hat der vom Beklagten zu 2) unterlassene Vortrag erst dadurch endgültig zum etwaigen Schaden der Firma R. geführt, daß das im Vorprozeß angegangene Berufungsgericht das in zweiter Instanz nachgeholte Vorbringen zur Schadenhöhe nicht mehr sachlich geprüft, sondern nach § 528 Abs. 2 ZPO zurückgewiesen hat. Bei dieser gerichtlichen Entscheidung handelt es sich aber ebenfalls um eine adäquat-ursächliche Folge der vom Beklagten zu 2) begangenen Vertragsverletzung, und zwar unabhängig davon, ob sie sachlich der Rechtslage entsprach oder nicht. Daß eine möglicherweise unzutreffende Rechtsanwendung durch das Gericht grundsätzlich nicht den **Zurechnungszusammenhang** zwischen einer mitwirkenden Pflichtverletzung des Prozeßbevollmächtigten und der für seine Partei nachteiligen Entscheidung unterbricht, wurde bereits ausgeführt (oben I. 2.). Das gilt auch dann, wenn die betroffene Partei gerade versucht, die Pflichtversäumnis ihres Prozeßbevollmächtigten durch neuen Sachvortrag auszugleichen und dieser Versuch an den zivilprozessualen Verspätungsvorschriften scheitert. Denn insoweit handelt es sich um eine vom Gesetz allgemein vorgesehene Einschränkung der Möglichkeit zu neuem Tatsachenvortrag, bei deren Anwendung auf den Einzelfall Fehler generell nicht auszuschließen sind.

Im übrigen spricht vorliegend viel dafür, daß das Gericht die Voraussetzungen der §§ 528 Abs. 2, 282 Abs. 1 ZPO nach seinem damaligen Erkenntnisstand mit Recht angenommen hat, weil die jetzt vorgebracht-

ten Beweggründe für das anfängliche Zurückhalten des Verteidigungsvorbringens seinerzeit nicht annähernd in vergleichbarer Deutlichkeit dargelegt worden waren. In der Berufungsbegründung vom 30.11.1981 im Vorprozeß hieß es dazu unter IV, erster Absatz, nur:

„Weiterhin kann es letztlich nur überraschen, daß das Landgericht den geltend gemachten Schadenersatzanspruch auch der Höhe nach in vollem Umfang für gerechtfertigt gehalten hat, obwohl das Beweissicherungsgutachten keine Angaben über die Art und die Kosten der erforderlichen Reparatur enthält und die Beklagte insoweit im ersten Rechtszug ausdrücklich – vom Landgericht offenbar übersehen – Hinweise erbeten hat...“

Sogar auf die ausdrückliche Rüge der Firma R., es fehlten Erläuterungen, warum der Vortrag „erst jetzt gebracht“ werde, ließ die Firma R. lediglich auf ihren Vortrag in der Berufungsbegründung verweisen. Die gegenwärtige Darstellung, daß der Verhandlungstermin vor dem Landgericht ein sogenannter Durchlauftermin gewesen sei, der eine Anwendung der Verspätungsvorschriften nicht rechtfertigen könne (BVerfG NJW 1985, 1149 f), war im Vorprozeß nicht einmal angedeutet, abgesehen davon, daß erst das Oberlandesgericht von Verspätungsvorschriften Gebrauch gemacht hat.

Soweit in dem Unterlassen, das Versäumnis rechtzeitigen Vortrags zu entschuldigen, eine mitwirkende Verursachung durch die Geschädigte selbst liegen könnte, unterbrach eine solche den **Zurechnungszusammenhang** ebenfalls nicht. **Er kann zwar fehlen, wenn der Geschädigte selbst in ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache setzt, die den Schaden erst endgültig herbeiführt.** Diese Voraussetzung liegt aber nicht vor, wenn für die Zweithandlung des Geschädigten ein rechtfertigender Anlaß bestand oder diese durch das haftungsbegründende Ereignis herausgefordert wurde und eine nicht ungewöhnliche Reaktion auf jenes Ereignis darstellt (BGHZ 57, 25, 28; 63, 189, 191 f; Senatsurt. v. 7.1.1988 – IX ZR 7/87, NJW 1988, 1262, 1263). Durch die Unterlassung des Beklagten zu 2), zur Schadenhöhe vorzutragen, war die Firma R. in die Lage geraten, das Versäumnis in zweiter Instanz entschuldigen zu müssen. Wenn ihr oder ihren Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB) dabei selbst Versäumnisse unterliefen, so waren diese durch das vorangegangene Verhalten des Beklagten herausgefordert. **Die Nachlässigkeit beim zweitinstanzlichen Prozeßvortrag war jedenfalls nicht derart, daß sie völlig außerhalb aller Wahrscheinlichkeit gelegen hätte.**

3. Der Rechtsanwalt, der seinem Auftraggeber wegen positiver Vertragsverletzung zum Schadenersatz verpflichtet ist, hat diesen bei der Schadenersatzleistung so zu stellen, wie er bei pflichtgemäßem Verhalten des Anwalts stünde (Senatsurt.v. 20. 11. 1984 – IX ZR 9/84, WM 1985, 203, 204; Senatsurt.v. 31. 10. 1985 – IX ZR 175/84, aaO S. 1282 unter III 1; Steffen in BGB-RGRK 12. Aufl., § 675 Rdn. 78). **Für diese hypothetische Betrachtung ist maßgebend, wie der Vorprozeß nach Auffassung des Gerichts, das mit dem gegen den Prozeßbevollmächtigten gerichteten Schadenersatzanspruch befaßt ist, richtigerweise hätte entschieden werden müssen, nicht, wie seinerzeit bei pflichtgemäßem Anwaltsverhalten mutmaßlich entschieden worden wäre** (BGHZ 46, 221, 228; 72, 328, 330; 79, 223, 225 f; BGH Urt.v. 29. 3. 1983 – VI ZR 55/81, VersR 1983, 562, 563 unter b). Auszugehen ist dabei von dem Sachverhalt, der dem Gericht des Vorprozesses unterbreitet und von diesem Gericht aufgeklärt worden wäre (BGH Urt.v. 14. 11. 1963 – III ZR 144/61, VersR 1964, 161). Die Frage, was geschehen wäre, wenn der Rechtsanwalt pflichtgemäß gehandelt hätte, ist nach § 287 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu entscheiden (BGH Urt.v. 15. 3. 1974 – VI ZR 222/72, VersR 1974, 782, 783; Senatsurt.v. 20. 11. 1984 – IX ZR 9/84, aaO).

Es ist davon auszugehen, daß die Firma R. den Vortrag zur Schadenhöhe, den sie in der zweiten Instanz des Vorprozesses nachgeholt hat, schon dem Landgericht unterbreitet hätte, wenn die Beklagten sie über das Risiko belehrt hätten, das mit dem Zurückhalten eingehender Angaben verbunden war. Denn es spricht eine tatsächliche Vermutung dafür, daß der Mandant regelmäßig den fachkundig begründeten Rat des von ihm mit der Geschäftsbesorgung beauftragten Rechtsanwalts befolgt. Daran ändert es hier nichts, daß die Firma R. sich ständig von ihren Verkehrsanwälten beraten ließ. Es ist nicht dargetan, daß diese sich einem entsprechend begründeten Hinweis der Beklagten widersetzt und ihrerseits die Mandantin anders beraten hätten.

Ein Schaden ist danach der Firma R. durch die Unterlassung des Beklagten zu 2) insoweit entstanden, als sie nach der Sach- und Rechtslage hätte obsiegen müssen, wenn innerhalb der vom Landgericht gesetzten oder antragsgemäß zu verlängernden Klageerwiderungsfrist auch zu Schadenhöhe in der bezeichneten Weise vorgetragen worden wäre. Das Berufungsgericht wird deshalb prüfen müssen, ob der mit der Berufung im Vorprozeß nachgeholte Sachvortrag gegenüber der Klagehöhe erheblich war. Es wird zu erwägen haben, ob es in diesem Falle entscheidend auf die vom Landgericht im Beweisbeschluß vom 6. 2. 1986 bezeichneten Beweisfragen angekommen wäre und bejahendenfalls das dazu eingeholte Sachverständigengutachten würdigen müssen.

Aufgrund der Anschlußberufung des Klägers wird zu untersuchen sein, ob das aufgrund einer Belehrung der Beklagten zu erwartende Vorbringen der Firma R. ausgereicht hätte, auch einen Abzug „neu für alt“ von dem eingeklagten Schadenbetrag zu rechtfertigen. Maßgeblich hierfür kann auch sein, inwieweit die Beklagten wesentliche tatsächliche Grundlagen für diese Rechtsfrage von ihrer Mandantin hätten erfragen müssen.

III. 1. Da die Entscheidung über eine Haftung der Beklagten noch von weiteren Feststellungen abhängt, ist der Rechtsstreit an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 Satz 1 ZPO).

2. Bei der erneuten Verhandlung wird dieses zu bedenken haben:

Ein der Firma R. **zurechenbares Mitverschulden** (§§ 254 Abs. 1, 278 Abs. 1 Satz 1 BGB) **liegt** – entgegen der von den Beklagten vertretenen Auffassung – **nicht darin, daß die Verkehrsanwälte der von der Mandantin angeregten Prozeßtaktik nicht von sich aus widersprochen haben**. Sogar wenn sie insoweit zu einer eigenen Überprüfung verpflichtet gewesen wären, was unentschieden bleiben mag, haben sie dies **bezüglich** nicht als Erfüllungsgehilfen der Firma R. in deren Vertragsbeziehungen zu den Beklagten gehandelt. Die Pflichtenkreise des Prozeßbevollmächtigten und des Verkehrsanwalts müssen unterschieden werden. Es handelt sich um rechtlich selbständige Mandate mit unterschiedlichen Pflichten. **Keiner der beiden Anwälte ist in seinem Pflichtenkreis als Erfüllungsgehilfe des anderen im Sinne des § 278 BGB tätig** (Senatsurt.v. 17.12.1987 – IX ZR 41/86 aaO S. 387). Die Pflicht zu ordnungsmäßigem prozessualen Handeln gegenüber dem Prozeßgericht obliegt dem Prozeßbevollmächtigten, nicht dem Verkehrsanwalt (Senatsurt.v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87, aaO S. 990).

Ein mitwirkendes Verschulden der Firma R. kommt nur insoweit in Betracht, **als sie es im Berufungsverfahren des Vorprozesses möglicherweise unterlassen hat, den versäumten Prozeßvortrag erster Instanz im Hinblick auf § 528 Abs. 2 ZPO hinreichend zu entschuldigen**. Nach § 254 BGB war sie gehalten, alle prozessualen Möglichkeiten auszunutzen, um den ihr günstigen Tatsachenvortrag zur Schadenhöhe noch berücksichtigt zu sehen. Demgemäß mußte sie sich auch um Vortrag bemühen, daß und gegebenenfalls warum die von ihr selbst angeregte Prozeßtaktik der ersten Instanz nicht auf grober Nachlässigkeit beruhe. Insoweit lag es in ihrem eigenen Interesse, sich notfalls rechtzeitig von den Beklagten über die maßgeblichen Gründe informieren zu lassen. Darüber war sie

gegebenenfalls durch ihre damaligen zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten zu belehren. Deren Versäumnis wäre der Firma R. nach § 278 BGB zuzurechnen, weil diese Anwälte Erfüllungsgehilfen der gemeinsamen Mandantin bei einer eigenen Schadenminderungsobliegenheit waren. Das Berufungsgericht wird demgemäß prüfen müssen, ob von einer Anwendung der Verspätungsvorschriften im Vorprozeß abzusehen gewesen wäre, wenn das versäumte Vorbringen in einer Weise hätte entschuldigt werden können, wie dies im gegenwärtigen Rechtsstreit geschehen ist (siehe oben II. 2.).

### **Prospekthaftung des Wirtschaftsprüfers, Steuerberaters**

- Kapitalanlage im Bauherrenmodell
  - Verjährung von Schadenersatzansprüchen
- (BGH Urt.v. 31. 5. 1990 – VII ZR 340/88)

#### **Leitsätze (d.Verf.):**

1. Die Grundsätze der Prospekthaftung, die für den Beitritt zu einer Publikums-KG entwickelt wurden, sind für die Kapitalanlage an einem Bauherrenmodell anwendbar. Es besteht bei beiden Kapitalanlagenformen kein Unterschied im Hinblick auf den Einfluß der Informationsvermittlung auf den Anlageentschluß.
2. Wird im Prospekt dessen Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer herausgestellt, so gehört er zum Kreis der Vertrauensträger. Es ist gleichgültig, ob sein Name genannt wird.
3. Die kurze Verjährung – 6 Monate ab Kenntnis des Prospektfehlers oder 3 Jahre ab Beitritt – ist für Kapitalanlagen im Bauherrenmodell nicht anwendbar. Ob §§ 195, 638 BGB, 51 a WPO anzuwenden sind, bleibt offen.
4. Bei der Prüfung des Kausalzusammenhangs zwischen Pflichtverletzung und Schaden ist nicht auf das letzte, sondern auf das erste Glied der Ursachenkette – die Anlageentscheidung – abzustellen.

**Aus den Gründen:**

- I. 1. Das Berufungsgericht verneint eine Haftung des Beklagten zu 1 schon dem Grunde nach.

Er sei für den Inhalt des Prospekts nicht verantwortlich, auch wenn er die Herausgeberin wirtschaftlich beherrscht habe. Die Grundsätze, die die Rechtsprechung zur Prospekthaftung bei der Publikums-KG entwickelt habe, seien auf Bauherrenmodelle nur mit Einschränkungen übertragbar. Eine Haftung der Personen, die das Management des Initiators bildeten oder dieses beherrschten, komme beim hier vorliegenden Bauherrenmodell schon deswegen nicht in Betracht, weil die Kapitalanleger der Initiatorengesellschaft und nicht den Personen, die hinter ihr stünden, Vertrauen entgegengebracht hätten. Auch bestehe hier in der Frage der Haftung keine Regelungslücke, wie sie für die Publikums-KG typisch sei. Beim Bauherrenmodell weiche die Verteilung des Haftungsrisikos nicht vom gesetzlichen Leitbild ab. Wenn der Bauherr sein angelegtes Kapital verliere, sei dies nicht durch Lücken in der Haftungsregelung bedingt, sondern gehe auf die mangelnde Leistungsfähigkeit seines Vertragspartners zurück. Ein solches Risiko bestehe aber bei jedem Geschäft und sei keine Besonderheit des Bauherrenmodells. Deswegen bestehe keine Veranlassung, hier die Haftung auf die „Hintermänner“ des Initiators zu erstrecken.

2. Das hält der revisionsrechtlichen Überprüfung nicht stand.

Das Berufungsgericht stützt seine Ansicht vor allem auf den Unterschied, der zwischen den beiden Anlageformen besteht. Es vernachlässigt dabei die schutzwürdigen Interessen der Kapitalanleger, die beim Bauherrenmodell nicht anders gelagert sind als bei der Publikums-KG.

- a) **Der Senat hat die Frage bislang offen gelassen, ob die von der Rechtsprechung zur Publikums-KG entwickelten Grundsätze der Prospekthaftung auf das Bauherrenmodell übertragbar sind** (zuletzt Senatsurteil NJW 1984, 863).

Im Schrifttum wird diese Frage einhellig bejaht (Reithmann/Brych/Manhart, Kauf vom Bauträger und Bauherrenmodell, 5. Aufl., Rdn. 136 a; Locher/Koeble, Baubetreuungs- und Bauträgerrecht, 4. Aufl., Rdn. 155 ff; Locher/König, Bauherrenmodelle in zivil- und steuerrechtlicher Sicht, Rdn. 10; von Heymann BB 1980 Beilage 12, Seite 17; Rosenberger ZfBR 1981, 253, 256).



Das Oberlandesgericht Köln (Urt.v. 22. 5. 1981 – 20 U 107/80 = WM 1982, 23) und ihm folgend das Oberlandesgericht Celle (NJW 1986, 250) haben sich dieser Ansicht angeschlossen und die Grundsätze der Prospekthaftung ohne Einschränkungen auf Bauherrenmodelle angewendet.

- b) Der Senat teilt diese Ansicht, soweit es um Grund und Umfang der Haftung geht.

Das Bauherrenmodell gehört ebenso zur Abschreibungsbranche wie die Beteiligung an einer Publikums-KG. Beiden Anlagearten ist gemeinsam, daß der Emissionsprospekt oftmals die einzige Informationsquelle für den interessierten Kapitalanleger ist. Der Prospekt muß daher alle Angaben enthalten, die für die Anlageentscheidung von wesentlicher Bedeutung sind. Nur wenn diese Angaben vollständig und richtig sind, hat der Interessent die Möglichkeit, seine Entscheidung frei von Fehlvorstellungen zu treffen, die auf mangelhafte Sachinformation zurückzuführen sind. Andere Informationsquellen sind dem Interessenten regelmäßig nicht zugänglich. Nur unter der Voraussetzung, daß die durch den Prospekt vermittelte Information vollständig und richtig ist, kann der Kunde die ihm angebotene Kapitalanlage objektiv beurteilen und sein Anlagerisiko, das ihm ohnehin verbleibt, richtig einschätzen. Vor diesem Problem steht der Anlageinteressent unabhängig davon, ob es sich bei der ins Auge gefaßten Kapitalanlage um eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung oder um den Erwerb einer Immobilie handelt. In beiden Fällen verlangen die Interessen des Anlegers, daß der Prospekt tauglich ist, die für den Anlageentschluß erforderlichen Informationen umfassend und objektiv zu vermitteln. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit der in Verkehr gebrachten Prospekte muß deswegen jeder einstehen, der durch den Prospekt auf den Entschluß eines Kapitalanlegers Einfluß genommen hat. Für die Kapitalanlage durch Beteiligung an einer Publikums-KG besteht dieser Grundsatz schon seit langem; der II. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat ihn in BGHZ 71, 284 aufgestellt und in ständiger Rechtsprechung vertreten (BGHZ 72, 382; 77, 172; 79, 337; 83, 222; NJW 1985, 380; Urt.v. 14.1.1985 – II ZR 124/82 = WM 1985, 534; Urt.v. 17. 2. 1986 – II ZR 238/84 = WM 1986, 583, 584 = VersR 1986, 699; vom 12. 5. 1986 – II ZR 84/85 = WM 1986, 1047 = NJW-RR 1986, 1478; zuletzt NJW 1990, 571). Der IVa-Zivilsenat hat ihn entsprechend auf den Vermittler von Kapitalanlagen angewendet (NJW 1984, 2524 und ständig).

**Für die Kapitalanlage in Form der Beteiligung an einem Bauherrenmodell kann nichts anderes gelten. Der vom Berufungsgericht herausgestellte Unterschied zwischen den beiden Anlageformen betrifft nicht**

die Beschaffenheit der Informationen, die ein Anleger benötigt, um sein Risiko richtig einschätzen zu können. Dem Unterschied kommt daher keine entscheidungserhebliche Bedeutung zu. **Wenn es um die Informationsvermittlung und die damit verbundene Beeinflussung des Anlageentschlusses geht, sind die für die Publikums-KG entwickelten Grundsätze ohne jede Einschränkung anwendbar.**

- c) Als Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter der Initiatorin, die den Prospekt herausgebracht hat, ist der Beklagte zu 1 für den Inhalt des Prospekts verantwortlich. Schon in seiner ersten Entscheidung zur Prospekthaftung hat der II. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs dargelegt, daß die Personen, die die Publikums-KG gegründet haben oder ihr Management bilden, für die Richtigkeit und Vollständigkeit der mit ihrem Wissen und Wollen in Verkehr gebrachten Werbeprospekte einzustehen haben (BGHZ 71, 284).

Der Beklagte zu 1 gehört zu diesem Personenkreis; er allein hat die Geschicke der Initiatorengesellschaft bestimmt. Von ihm war die Gestaltung des Prospekts abhängig, mit der er auf den Anlageentschluß einer Vielzahl von Interessenten Einfluß nehmen wollte. Wegen seiner beherrschenden Stellung ist es dabei unerheblich, ob der einzelne Kapitalanleger den Beklagten zu 1 persönlich kennengelernt hat. Der Beklagte zu 1 haftet schon deswegen, weil er allein das Handeln der Initiatorin bestimmt und damit die Emission des Prospekts letztlich veranlaßt hat.

- II. 1. Das Berufungsgericht lehnt eine Haftung des Beklagten zu 2 ebenfalls ab.

Nach seiner Ansicht scheitern Prospekthaftungsansprüche daran, daß der Beklagte zu 2 in dem Prospekt nicht namentlich erwähnt werde und folglich kein Garant für die Richtigkeit des Inhalts sei. Im übrigen könne dahinstehen, ob der Prospekt Mängel habe. Selbst wenn dies der Fall sei, so hätten sich die Mängel auf die Anlageentscheidung des Klägers und seiner Rechtsvorgänger nicht ausgewirkt; denn die Bauherren hätten sich im konkreten Fall nach der Darstellung des Klägers nicht nur auf den Prospekt, sondern auch auf den Prüfungsbericht verlassen. Etwaige Mängel des Prospekts seien daher für den Beitritt zur Bauherrengemeinschaft nur nach Maßgabe der Ausführungen des Prüfungsberichts ursächlich geworden.

2. Auch dies hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

- a) Ansprüche aus **Prospekthaftung können nicht mit der Erwägung ausgeschlossen werden, der Beklagte zu 2 sei kein Garant für die**

**Richtigkeit des Prospekts.** Für den Fall der Kapitalanlage in Form einer Beteiligung an einer Publikums-KG hat der II. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs den Wirtschaftsprüfer, der an der Herausgabe des Emissionsprospekts mitgewirkt hatte, zum Kreis der für Vollständigkeit und Richtigkeit des Prospektinhalts verantwortlichen Vertrauensträger gezählt (BGHZ 77, 172). **Neben den Initiatoren und Gestaltern des Vorhabens gehören zu diesem Kreis alle Personen, die durch ihre erkennbare Mitwirkung an der Prospektgestaltung einen besonderen Vertrauenstatbestand schaffen.** Hierzu zählen insbesondere Personen, die mit Rücksicht auf ihre allgemein anerkannte und herausgehobene berufliche und wirtschaftliche Stellung oder wegen ihrer Eigenschaft als berufsmäßige Sachkenner dem Anlageinteressenten als besonders vertrauenswürdig erscheinen. **Namentlich Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater genießen solches Ansehen und nehmen deshalb eine besondere Vertrauensstellung ein, wenn sie mit ihrer Zustimmung im Prospekt als Sachverständige angeführt werden und in dieser Eigenschaft Erklärungen abgeben.**

- b) Für eine Kapitalanlage in Form einer Beteiligung an einem Bauherrenmodell gilt nichts anderes. Das Vertrauen, das die Kunden den Anbietern und den im Prospekt genannten berufsmäßigen Sachkennern entgegenbringen, ist in gleicher Weise schutzwürdig wie bei einer Publikums-KG.
- c) Der Beklagte zu 2 ist demnach für den Inhalt des Prospekts verantwortlich. Die gegenteilige Ansicht des Berufungsgerichts läßt außer acht, daß der **Beklagte zu 2 in dem Prospekt auch ohne Namensnennung faktisch hervorgetreten ist und dabei besonderes Vertrauen der Anlageinteressenten für sich in Anspruch genommen hat.** Der Prospekt enthält unter der Überschrift: „Sicherheiten für den Bauherrn“ einen werbewirksamen Hinweis auf die Person des Beklagten zu 2, der seine Identifizierung auch ohne Namensnennung mühelos ermöglicht:

„3. Prospekt und Bauherrenvertrag sind durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft. Bericht und Testat können aus standesrechtlichen Gründen in diesem Prospekt nicht abgedruckt werden. Auf Anforderung von Interessenten wird der Prüfungsbericht selbstverständlich zur Verfügung gestellt.“

Der Verfasser des Prüfungsberichts wird damit zu einem Vertrauensträger; denn unter Berufung auf seine fachliche Qualifikation soll der Kapitalanleger zum Beitritt zur Bauherrengemeinschaft bewegt werden. **Mit der besonders herausgestellten Prüfung wirbt der Beklagte zu 2, der damit an der Gestaltung des Prospekts selbst mitgewirkt hat,**

**um besonderes Vertrauen.** Das tritt auch nach außen in Erscheinung. Daß dies nicht unter ausdrücklicher Namensnennung erfolgt, hindert das Entstehen der Vertrauensstellung nicht. Für jeden Interessenten ist der Name des Wirtschaftsprüfers, mit dessen Prüfungsbericht der Prospekt werben will, ohne weiteres zu erfahren. **Sein Name ist ohnedies für den Anlageinteressenten regelmäßig weniger wichtig als seine berufliche Qualifikation.**

- d) Die Haftung des Beklagten zu 2 entfällt nicht mangels schlüssiger Darstellung des Ursachenzusammenhangs zwischen Prospektinhalt und Schaden. Für das Revisionsverfahren muß unterstellt werden, daß der Prospekt nicht richtig oder nicht vollständig gewesen ist; denn das Berufungsgericht hat diese Frage letztlich offengelassen. Liegen Prospektmängel aber vor, dann sind sie für den geltend gemachten Schaden nach der Darstellung des Klägers auch ursächlich geworden. Er hat behauptet, weder er noch die Zedenten wären in Kenntnis der wahren Umstände der Bauherrengemeinschaft beigetreten. Damit ist ein Ursachenzusammenhang zwischen den angeblichen Mängeln des Prospekts und dem behaupteten Schaden entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts schlüssig dargetan. Das wird nicht dadurch in Frage gestellt, daß die Interessenten sich auch auf den Prüfungsbericht verlassen haben wollen. **Denn das schließt zum einen nicht aus, daß sie sich schon durch wahrheitsgemäße und vollständige Angaben im Prospekt von einem Beitritt hätten abhalten lassen, zum anderen baut der Prüfungsbericht auf dem Prospekt auf; er ist nur im Zusammenhang mit dem Prospekt verständlich und bildet mit ihm eine einheitliche Informationsquelle.**

- III. Die Prospekthaftungsansprüche gegen die Beklagten zu 1 und 2 sind nicht verjährt.

1. Die Beklagten haben die Einrede der Verjährung erhoben und zur Begründung ausgeführt, selbst wenn die Grundsätze der Prospekthaftung in ihrem Falle Anwendung finden würden, so seien hieraus hergeleitete Schadenersatzansprüche nicht mehr durchsetzbar, weil sie der kurzen Verjährung entsprechend § 20 Abs. 5 Kapitalanlagegesetz (KAGG) und § 12 Abs. 5 Auslandsinvestmentgesetz (AuslInvestmG) unterlägen und inzwischen verjährt seien.

Das Berufungsgericht hat – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – die Verjährungsfrage nicht erörtert.

2. Die Einrede der Verjährung greift nicht durch.

- a) Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs **verjähren Schadenersatzansprüche der Gesellschafter einer Publikums-KG**

wegen Mängeln im Prospekt sechs Monate nach dem Zeitpunkt, zu dem der Gesellschafter von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Prospekts Kenntnis erlangt hat, spätestens jedoch drei Jahre nach Beitritt zur Gesellschaft (BGHZ 83, 222; BGH NJW 1984, 2524). Der Bundesgerichtshof leitet die kurze Verjährungsfrist aus §§ 20 Abs. 5 KAGG und 12 Abs. 5 AuslInvestmG her. Er begründet dies damit, daß dadurch Spekulationen verhindert werden sollen. Nach der Vorstellung des Gesetzgebers soll es dem Wertpapierkäufer versagt sein, den Zeitpunkt für die Ausübung seines an sich gegebenen Rücktrittsrechts nach spekulativen Gesichtspunkten zu wählen (Amtliche Begründung zu KAGG/AuslInvestmG Seite 24 – vgl. Baur, Investmentgesetz, KAGG § 20 Anm. VII und AuslInvestmG § 12 Anm. VIII). Dem Wertpapierkauf steht nach Ansicht des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs die Kapitalanlage in Form des Beitritts zu einer Publikumsgesellschaft gleich, so daß auch hier die Spekulation mit dem Rücktrittsrecht verhindert werden müsse (BGHZ 83, 222, 226). Dieser Gesichtspunkt ist sachgerecht für Vermögensanlagen, die den Kauf von Kapitalanteilen zum Gegenstand haben; denn diese Form der Anlage ist kaufrechtlich geprägt. Bei diesem Vertragstyp überwiegt der mit der kurzen Verjährungsfrist (§ 477 Abs. 1 BGB) verknüpfte Gedanke, daß im Interesse der Rechtssicherheit möglichst bald klare Verhältnisse zu schaffen sind, zumal der Wertpapierkäufer mit Wertschwankungen, die für Geschäfte dieser Art typisch sind, rechnen muß. Eine Verlängerung der „Gewährleistungs“-Frist stünde im Widerspruch zu der Vorstellung des Gesetzgebers, wonach Spekulationen mit Schadenersatzansprüchen zu unterbinden sind.

- b) **Die kurze Verjährung ist allerdings auf das Recht des Kaufvertrages zugeschnitten. Sie wird dem Bauherrenmodell nicht gerecht, das ganz überwiegend von Elementen des Werkvertragsrechts geprägt ist.**
- aa) In der Rechtsprechung wird zwar vertreten, auch beim Bauherrenmodell bestehe die Möglichkeit, mit Schadenersatzansprüchen zu spekulieren. Deshalb gelte es auch hier zu verhindern, daß der Bauherr die Geltendmachung seiner Schadenersatzansprüche wegen Prospektmängeln von spekulativen Erwägungen abhängig mache, indem er seinen Anspruch auf Rückgängigmachung des Vertrages zunächst nicht ausübe um abzuwarten, ob sich der Erwerb des Objekts trotz der Fehler im Prospekt nicht doch noch zu einem für ihn günstigen Geschäft entwickle (OLG Bremen OLGZ 1985, 322, 324 ff.).
- bb) Diese Argumentation überzeugt indessen nicht. Sie läßt außer acht, daß sich **das Bauherrenmodell gerade darin von anderen Kapital-**

**anlagen unterscheidet, daß es um die Herstellung eines Bauwerkes und den Erwerb von Grundeigentum geht.** Es fehlt an der vergleichbaren, für Wertpapiergeschäfte typischen Interessenlage, die entscheidende Voraussetzung für eine analoge Anwendung der Verjährungsvorschriften nach § 20 Abs. 5 KAGG und § 12 Abs. 5 AuslInvestmG ist. Das Bauherrenmodell kann nur verwirklicht werden, wenn der Anleger das Bauherrenrisiko trägt. Dies bedeutet, der Anleger muß dem Besteller des Werkvertrags rechtlich und wirtschaftlich gleichstehen. Zwar geht es ihm auch hier um Rendite und Steuervorteile; ihre Realisierung setzt aber voraus, daß er ein **Bauwerk** errichtet. Bei den Anlageformen, die den Entscheidungen des II. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs zugrunde lagen, handelt es sich dagegen um gesellschaftsrechtlich geprägte wertpapierkaufähnliche Anlagen, für die die Übernahme des Bestellerrisikos nicht erforderlich ist.

- cc) Es kann hier offenbleiben, ob die Prospekthaftungsansprüche beim Bauherrenmodell nach der allgemeinen Frist des § 195 BGB verjähren oder ob die Verjährungsfrist des § 638 BGB Anwendung findet, wie dies bei einem Anspruch aus Verschulden bei Vertragsverletzung der Fall ist, wenn sich die Pflichtverletzung mit dem Werkmangel deckt (Senatsurteil NJW 1969, 1710). Ob der Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten zu 2, der als Wirtschaftsprüfer tätig geworden ist, der fünfjährigen Verjährung nach § 51 a WPO unterliegt, kann gleichfalls dahinstehen (vgl. BGHZ 100, 132, 136). Denn die Klageerhebung vom 15. 10. bzw. 21. 10. 1985 war in jedem Fall noch rechtzeitig, auch wenn die Schadenersatzansprüche entsprechend § 638 BGB oder entsprechend § 51 a WPO verjähren und die Verjährungsfrist bereits mit der Kenntnis der Fehlerhaftigkeit des Prospektinhalts oder mit Beendigung der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers in Gang gesetzt wird.

- IV. 1. Nach Ansicht des Berufungsgerichts ist auch die Beklagte zu 3 nicht zum Schadenersatz verpflichtet.

Auch wenn man unterstelle, daß sie mit den Anlegern Beratungsverträge abgeschlossen habe, habe sie doch keine Pflicht aus derartigen Verträgen verletzt. Ihr hätten nämlich keine anderen Informationsquellen zur Verfügung gestanden als dem Wirtschaftsprüfer, der den Prospekt geprüft habe. Bei diesem Kenntnisstand habe für sie – ebenso wie für den Beklagten zu 2 – kein Anlaß bestanden, die Bonität der Initiatorin, die Werthaltigkeit ihrer Garantien sowie die Richtigkeit der durch den Prüfungsbericht modifizierten übrigen Prospektaussagen in Zweifel zu ziehen.

2. Dagegen wendet sich die Revision mit Erfolg.

- a) Die Beklagte zu 3 hatte die Beratung der interessierten Anleger und die Bildung der Bauherrengemeinschaft übernommen. Es ist allgemein anerkannt, daß zwischen Anlagevermittler und Kapitalanleger sogar stillschweigend ein Beratervertrag zustande kommen kann, der Anlageberatung und Erteilung von Auskünften zum Gegenstand hat (BGH NJW 1982, 1095). So kann es auch hier liegen.
  - b) Die Verletzung eines derartigen Vertrages kann nicht mit der vom Berufungsgericht gegebenen Begründung verneint werden.
  - aa) **Der Anlagevermittler, der eine Beratung übernommen hat, genügt nicht schon dadurch seiner Pflicht, daß er seinen Kunden schriftliche Unterlagen überläßt, aus denen sie die erforderlichen Erkenntnisse entnehmen können.** Entscheidend ist, daß der Kunde in die Lage versetzt wird, das Anlagerisiko objektiv richtig zu beurteilen. Deshalb muß der Vermittler dem Kunden alle Informationen, die für seinen Anlageentschluß wesentliche Bedeutung haben oder haben können, wahrheitsgemäß und sorgfältig, insbesondere aber vollständig erteilen (BGH aaO). Danach muß der Anlagevermittler, wenn das schriftliche Material widersprüchlich ist, die vorhandenen Widersprüche aufdecken und erklären. **Insbesondere muß er falsche Angaben des Prospekts ausdrücklich richtigstellen, wenn sie nicht offensichtlich unwesentlich für den Anlageentschluß sind** (BGH Urt.v. 2. 2. 1983 – IVa ZR 118/81 = WM 1983, 263, 264). **Wenn nötig, muß der Vermittler hierzu auch eigene Nachforschungen anstellen** (BGH NJW 1982, 1095). .....
- V. 1. Abschließend führt das Berufungsgericht aus, jeder Anspruch auf Schadenersatz scheitere unabhängig von seiner normativen Grundlage auch daran, daß zwischen dem geltend gemachten Schaden und der behaupteten Pflichtverletzung kein innerer Zusammenhang bestehe. Der Schaden falle nicht in den Schutzbereich der angeblich verletzten Pflicht; denn in dem geltend gemachten Schaden habe sich das aufklärungspflichtige Risiko nicht verwirklicht. Dem Vortrag des Klägers sei nicht zu entnehmen, daß die behauptete Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Lage, in der sich die R-Gruppe befunden habe, zum Verlust der Investitionen geführt hätte, die der Kläger und seine Rechtsvorgänger getätigt hätten. Für den Zusammenbruch der R-Gruppe könne auch die allgemeine Entwicklung am Anlagenmarkt verantwortlich gewesen sein, ohne daß die Verflechtung der R-Gruppe und die damit verbundene Häufung der Garantieverpflichtungen sich negativ ausgewirkt

hätten. Auch die Behauptung, die Firma R. habe die Wohnstiftskonzeption nach dem „Schneeballsystem“ angelegt, begründe noch keinen Zurechnungszusammenhang zwischen der angeblich unterbliebenen Aufklärung und dem späteren Konkurs der Initiatorin. Der Absatzrückgang beruhe nach Kenntnis des Berufungsgerichts nicht auf einer für das „Schneeballsystem“ typischen Marktsättigung, sondern auf einer Änderung des allgemeinen Investitionsklimas.

2. Diese Begründung hält den Angriffen der Revision nicht stand.

a) **Bei der Frage nach dem Kausalzusammenhang ist nicht auf das letzte, sondern auf das erste Glied der Ursachenkette** (BGHZ 79, 337; BGH NJW 1982, 1095), **mithin auf die Anlageentscheidung abzustellen**. Zwischen dem hier maßgeblichen Anlageentschluß und der Pflichtverletzung besteht der erforderliche Ursachenzusammenhang. Denn ohne den Entschluß, dem Bauherrenmodell beizutreten, hätten der Kläger und seine Rechtsvorgänger nicht den behaupteten Schaden erlitten, auch wenn sich die Lage am Anlagenmarkt tatsächlich verschlechtert haben sollte. Erst die inhaltlich richtige Information über die wirtschaftliche Lage der Firma R. und ihre voraussichtliche Entwicklung oder zumindest das Offenlegen von Informationslücken hätten den Anlageinteressenten befähigt, das Anlagerisiko richtig zu beurteilen. Der ohne diese Aufklärung gefaßte Anlageentschluß ist von den Mängeln des überlassenen Informationsmaterials beeinflusst. Infolgedessen hat sich die mit der unzulänglichen Information verbundene Gefahr, das Anlagerisiko zu verkennen, in der nachfolgenden Anlageentscheidung in zurechenbarer Weise verwirklicht.

b) **Wenn der Werbende seine Aufklärungspflicht verletzt, trifft ihn die Darlegungs- und Beweislast dafür, daß der Schaden auch bei pflichtgemäßer Aufklärung und Information eingetreten wäre** (Senatsurt. BGHZ 61, 118, 122; BGHZ 64, 46, 51; 79, 337, 346; BGH Urt. v. 27. 9. 1988 – XI ZR 4/88 = GI 1989, 36 (LS) = WM 1988, 1685 = NJW-RR 1989, 150; Senatsurt. v. 11. 5. 1989 – VII ZR 12/88 = BauR 1989, 623 = ZfBR 1989, 207 = NJW-RR, 1102 = WM 1989, 1286, 1288 m.w.N.).

Das Berufungsgericht beurteilt die Verteilung der Darlegungslast nicht richtig, wenn es vom Kläger insoweit eine weitere Substantiierung verlangt. Sein Vorbringen ist schlüssig. Es ist vielmehr Sache der Beklagten darzulegen, daß sich die Pflichtverletzung auf den Schaden nicht ausgewirkt hat. Hierzu haben sie allerdings bislang nichts Konkretes vorgebracht.



- c) Auf die vom Berufungsgericht aufgeworfene Frage, ob der Zusammenbruch der R-Gruppe auf eine Veränderung des Investitionsverhaltens zurückzuführen sei, kommt es nicht mehr an, weil der Zurechnungszusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden bereits feststeht. Es kann daher offenbleiben, ob das Berufungsgericht über die für sich in Anspruch genommene besondere Sachkunde im Anlagen-geschäft verfügt um beurteilen zu können, ob der Zusammenbruch der R-Gruppe in der Tat ausschließlich auf eine Veränderung des Investitions-klimas zurückgeht. ....

## Schadenersatzanspruch

– Anrechnung von Steuervorteilen

(BGH Ur.t.v. 6.11.1989 – II ZR 235/88, StB 1990, 59)

### Leitsatz:

Zur Frage der Anrechnung steuerlicher Vorteile auf einen Schadenersatzanspruch aus Prospekthaftung.

### Aus den Gründen:

.....

Das Berufungsgericht folgt mit seiner Begründung der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, **nach der Steuervorteile regelmäßig nicht anzurechnen sind, wenn der Geschädigte die Ersatzleistung wiederum versteuern muß und der darin liegende Nachteil den Vorteil in etwa ausgleicht; eine exakte Berechnung der Vor- und Nachteile erübrigt sich wegen der Regelung des § 287 ZPO** (vgl. BGHZ 53, 132, 138; 74, 103, 113 ff., 116; 79, 337, 347; BGH Ur.t.v. 27.6.1984 – IVa ZR 231/82, WM 1984, 1075, 1078; v. 12.2.1986 – IVa ZR 76/84, WM 1986, 517, 520; v. 9.12.1987 – IVa ZR 204/86, WM 1988, 220 f.; v. 25.2.1988 – VII ZR 152/87, WM 1988, 586, 587). Mit Ausnahme des zuletzt genannten Urteils ging es stets um Fälle, in denen Gesellschafter einer Personengesellschaft in dieser Eigenschaft die Geschädigten waren. Werden ihre Schäden durch Ersatzleistungen ausgeglichen, so erhöhen sich die Gewinne, die sie nach § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG zu versteuern haben.

Gibt der Gesellschafter Zug um Zug gegen die Ersatzleistung seine Beteiligung auf, so erzielt er hinsichtlich der Differenz zwischen Buchwert des Anteils und Ersatzleistung einen Veräußerungsgewinn, den er nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG versteuern muß. Im Urt.v. 25. 2. 1988 (IaO) ging es darum, daß rechtswidrig verschuldete Finanzierungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung als Werbungskosten steuermindernd in Ansatz gebracht worden waren und im Gegenzuge die diese Kosten ausgleichende Ersatzleistung eine zu versteuernde Einnahme darstellte (vgl. BFH, Urt.v. 22. 11. 1968 – VI R 182/67, NJW 1969, 1270, 1271).

**Von diesen Fällen unterscheidet sich der vorliegende insofern, als der Kläger der Beklagten zu 3 die Wohnung Zug um Zug gegen die Ersatzleistung überlassen will und das Steuerrecht – anders als bei den Gesellschaftsanteilen – bei der Veräußerung nicht gewerblich genutzter Grundstücke keine Versteuerung der Veräußerungsgewinne kennt,** vorausgesetzt, zwischen Anschaffung und Veräußerung liegen mehr als zwei Jahre (§ 22 Nr. 2, § 23 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a EStG). Da die Wohnung ausweislich des Einkommensteuerbescheides für das Jahr 1984 nicht zum gewerblichen, sondern zum Privatvermögen des Klägers gehört, stellt die Ersatzleistung, die dem Kläger im Gegenzuge für die Übertragung der Wohnung zufließt, keine steuerpflichtige Einnahme dar. Die Beklagte zu 3 hat den Steuervorteil, den der Kläger sich aus diesem Grunde anrechnen lassen muß, näher dargelegt. Da sie zu diesem Punkt die Darlegungs- und Beweislast hat, sind die Zahlen in der Revisionsinstanz zu ihren Gunsten als richtig zu unterstellen.

Hiernach hatte der Kläger aus **der Erstattung von Vorsteuern einen Vorteil in Höhe von 2099,02 DM.** Unternehmer, die ihre Eigentumswohnungen an andere Unternehmer für deren Unternehmen vermieten, können auf die Steuerbefreiung für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken verzichten (§ 4 Nr. 12 Buchst. a, § 9 UStG). Sie erlangen hierdurch die Möglichkeit, die Vorsteuerbeträge abzuziehen bzw. sich erstatten zu lassen, die ihnen für den Erwerb der Wohnung in Rechnung gestellt worden sind. Auch ohne Zwischenvermietung ist nach § 15 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. a i.V.m. § 26 Abs. 5 UStG der Vorsteuerabzug zulässig, wenn die Vermietung nach Art. 67 Abs. 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut umsatzsteuerfrei ist. Diese Voraussetzungen lagen hier vor; denn endvermietet war die Wohnung von vornherein an das Bundesvermögensamt, das sie britischen NATO-Dienstkräften überließ. Der Kläger hat sich die Vorsteuer unstreitig erstatten lassen.

Soweit es um die **Einkommensteuer geht, konnte der Kläger im Jahr der Anschaffung und den sieben folgenden Jahren jeweils 5 % von 145.290 DM abschreiben,** brauchte hiermit aber erst im vierten Jahr anzufangen

(§ 7 b Abs. 3 EStG). Verfuhr er so, so hatte er in den vorhergehenden Jahren nach § 7 Abs. 4 EStG wenigstens 2 % also 2905,80 DM abzuschreiben, was der Kläger 1984 auch getan haben will. Im Jahre 1984 hatte der Kläger zwar einen erheblichen Verlust aus Vermietung und Verpachtung; da jedoch seine übrigen Einkünfte nicht sehr hoch waren, hat er an Einkommen- und Kirchensteuern laut Steuerbescheid nur 1748 DM gespart. Da die Abschreibung 1984 2 % betrug, verbleiben an Sonderabschreibungen für die folgenden Jahre bis einschließlich 1991 nur 38 % von 145.290 DM, mithin 55.210,20 DM. Es ist zwar nicht auszuschließen, daß es vor 1991 zur Übertragung der Wohnung kommt und der Kläger deshalb die Sonderabschreibung nicht mehr in voller Höhe wird ausnutzen können, diese Frage kann aber erst vom Berufungsgericht vor Schluß der erneuten Verhandlung in der Tatsacheninstanz abschließend beurteilt werden. Der Betrag der Sonderabschreibung erhöht sich um den Verlust aus 1985 auf 65.634,20 DM. Infolge Verrechnung dieses Verlustes mit seinen sonstigen Einkünften spart der Kläger nach Darstellung der Beklagten zu 3 an Einkommensteuern 39 %, mithin 25.597,34 DM. Hinzu kommen noch 9 % Kirchensteuern, also 2303,76 DM, so daß sich 27.901,10 DM ergeben. Zusammen mit der Vorsteuer und der Ersparnis aus 1984 beläuft sich der Gesamtvorteil auf 31.748,12 DM. ....

## Fortbildungspflicht des Rechtsanwalts

– § 43 Satz 1 BRAO

(OLG München Urt.v. 5.5.1989 – 14 U 646/88, BRAK-Mitteilung 1990, 116)

### Leitsätze:

1. Der Rechtsanwalt hat zwar den Mandanten umfassend zu beraten und seine Interessen in einer optimalen Weise wahrzunehmen, was neben der genauen Kenntnis des zugrunde liegenden Sachverhalts ein nahezu lückenloses Wissen über die maßgeblichen Rechtsprobleme voraussetzt. Die Rechtskenntnisse haben sich aber nur auf die einschlägigen Gesetze und auf die höchstrichterliche Rechtsprechung zu erstrecken.
2. Die Rechtskenntnisse haben sich auf die höchstrichterliche Rechtsprechung nur insoweit zu erstrecken, als sie in der Entscheidungssammlung eines oberen, für den Rechtsweg zuständigen Gerichts oder in einer allgemeinen juristischen Zeitschrift, nicht lediglich in einer Spezialzeitschrift, veröffentlicht sind.

3. Die Berücksichtigung höchstrichterlicher Entscheidungen und eine entsprechende Hinweispflicht kann frühestens dann einsetzen, wenn die höchstrichterliche Entscheidung in einer allgemein zugänglichen Form veröffentlicht war und dem Anwalt dadurch bekannt sein konnte (und mußte).

#### Aus den Gründen:

Der Anwalt hat zwar, worauf der Kläger zutreffend hinweist, den Mandanten umfassend zu beraten und seine Interessen in einer optimalen Weise wahrzunehmen, was neben der genauen Kenntnis des zugrunde liegenden Sachverhalts ein nahezu lückenloses Wissen über die maßgeblichen Rechtsprobleme voraussetzt (Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 3. Auflage, RN I 25). Die Rechtskenntnisse haben sich aber nur auf die einschlägigen Gesetze und die höchstrichterliche Rechtsprechung zu erstrecken, auf letztere dabei nur insoweit, als sie in der Entscheidungssammlung eines oberen, für den Rechtsweg zuständigen Gerichts oder in einer allgemeinen juristischen Zeitschrift, nicht lediglich in einer Spezialzeitschrift, veröffentlicht sind (vgl. Rinsche, aaO, RN I 44, I 45, I 49, I 53, je m.w.N.). **Vom Anwalt auch die Kenntnis der Rechtsprechung anderer Gerichte oder der Rechtsliteratur zu verlangen, bedeutet nach Auffassung des Senats eine Überspannung der den Anwalt bei der Prozeßführung für den Mandanten und bei dessen Beratung treffenden Sorgfaltspflicht** (vgl. dazu Rinsche, aaO, RN I 52, I 53).

Bis zur Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BArbG) vom 31.1.1985 (BArbG, NJW 1986, 87) und, diesem in den Entscheidungsgründen des Urteils folgend, des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 4.7.1985 (BGH, NJW 1985, 2643) wurde § 613 a Abs. 4 Satz 1 BGB lediglich von einer im Schrifttum vertretenen Meinung als selbständiger, eigenständiger Unwirksamkeitsgrund gewertet, während die herrschende Meinung und auch das BArbG in einer früheren Entscheidung annahm, der Gesetzgeber habe mit der vorgenannten Bestimmung keinen besonderen Unwirksamkeitsgrund schaffen wollen (vgl. zu diesem früheren Meinungsstand BArbG, aaO, S. 88).

Der Beklagte brauchte die von der herrschenden Meinung abweichende Ansicht, die für die Frage der Versäumung der Frist des § 4 Satz 1 KSchG bedeutsam war, nicht zu kennen. Er mußte sie daher auch weder in dem arbeitsgerichtlichen Verfahren schriftsätzlich dem Gericht unterbreiten noch den Kläger auf sie hinweisen.

Eine Vortrags- und Hinweispflicht konnte frühestens einsetzen, als die dem Kläger in der Frage der Fristversäumnis günstigen höchstrichterlichen

Entscheidungen in der oben genannten, allgemein zugänglichen Form veröffentlicht waren und dem Beklagten dadurch bekannt sein konnten (und mußten). Das war aber ersichtlich nicht vor Oktober 1985 der Fall. In diesem Moment wurde das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 4. 7. 1985, mit dem sich der BGH – aus dem Leitsatz nicht ersichtlich – in den Entscheidungsgründen dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 31. 1. 1985 anschloß, veröffentlicht (NJW 1985, 2643). Letzteres Urteil wurde dann in Heft 1/2 1986 der NJW (Seite 87 ff.) abgedruckt.

Eine Kenntnis des Beklagten und deren Umsetzung im Rahmen seiner anwaltlichen Tätigkeit für den Kläger war also schon aus tatsächlichen Gründen vor Oktober 1985 nicht möglich.

## **Kostenerstattung**

– Umsatzsteuer

(BFH Beschl.v. 6. 4. 1990 – VII E 9/89, BStBl 1990 II, 584)

### **Leitsatz:**

Der Kostenpflichtige hat die dem Prozeßbevollmächtigten des Erstattungsberechtigten zu zahlende Umsatzsteuer dann nicht zu erstatten, wenn sie der Erstattungsberechtigte als Vorsteuer abziehen kann (Änderung der Rechtsprechung).

### **Aus den Gründen:**

.....

Für die Erstattungsfähigkeit der Umsatzsteuer auch in den Fällen der Vorsteuerabzugsberechtigung des Erstattungsberechtigten spricht somit lediglich das in Rechtsprechung und Schrifttum vielfach angeführte Argument, daß die Kostenfestsetzung als vereinfachtes Verfahren zur Festsetzung der zu erstattenden Aufwendungen nicht mit Problemen des materiellen Umsatzsteuerrechts belastet werden dürfe (so FG des Saarlandes, EFG 1984, 412; FG Düsseldorf, EFG 1982, 431, und EFG 1985, 629; OLG Koblenz, MDR 1983, 852, und MDR 1986, 324; Wollny, NJW 1970, 1343, 1344; Ziemer/Haarmann/Lohse/Beermann, aaO, Tz. 10754/3; Riedel/Sußbauer, aaO, § 25 Rdnr. 14). Es soll nicht verkannt werden, daß die Frage des Vorsteuerabzugs häufig nicht einfach zu entscheiden ist. **Gründe der Praktikabilität können es aber nicht rechtfertigen, die vom Prozeßbevoll-**

mächtigten in Rechnung gestellte Umsatzsteuer gegen das Gesetz auch dann als erstattungsfähig zu behandeln, wenn sie wegen der Vorsteuerabzugsberechtigung des Erstattungsberechtigten für diesen – wie oben ausgeführt – **keine Aufwendung i. S. des §139 FGO** darstellt (Giesberts, MDR 1971, 885, 888; Späth, VersR 1974, 307, 309; FG Köln, EFG 1984, 411, 412; FG Hamburg, EFG 1984, 411).

Im übrigen wirft in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Frage des Vorsteuerabzugs der vom Erstattungsberechtigten geltend gemachten Umsatzsteuer keine Probleme auf, die vom Kostenbeamten des gehobenen Dienstes nicht einfach und schnell gelöst werden könnten. Das zeigt schon die langjährige Kostenerstattungspraxis der vielen FG und Zivilgerichte, die der hier vertretenen Auffassung folgen. **Der Erstattungs-berechtigte muß im Kostenfestsetzungsverfahren, wenn er die ihm in Rechnung gestellte Umsatzsteuer erstattet verlangt, darlegen und erforderlichenfalls glaubhaft machen (§ 104 Abs. 2 Satz 1 ZPO, § 155 FGO), daß er nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, weil er z. B. kein Unternehmer ist, Kleinunternehmer ist (§ 19 Abs. 1 UStG) oder der Prozeß nicht seinen Unternehmensbereich betraf;** letzteres ergibt sich in der Regel unschwer aus dem Prozeßgegenstand (ebenso: FG Köln, EFG 1984, 411, 412; Mathiak, DStR 1971, 105, 108; Giesberts, MDR 1971, 888). **Schwierigkeiten können sich in solchen Fällen ergeben, in denen Vorsteuern nur teilweise abziehbar sind** (vgl. § 15 Abs. 4 und 5 UStG). Hier kann notfalls, soweit das FA später den Vorsteuerabzug nicht anerkennt, die nachträgliche Berücksichtigung der Umsatzsteuer im Kostenfestsetzungsverfahren beantragt werden (Giesberts, MDR 1981, 888; FG Köln, EFG 1984, 411, 412). Daß sich in wenigen Einzelfällen Schwierigkeiten ergeben können, rechtfertigt es jedenfalls nicht, die auf die Vergütung des Prozeßbevollmächtigten entfallende Umsatzsteuer ohne jede Prüfung der Vorsteuerabzugsberechtigung als notwendigen Aufwand i. S. des § 139 Abs. 1 FGO zu behandeln (ebenso Eberl, DStR 1985, 95). Dies würde zu einer unbilligen Belastung des Erstattungspflichtigen – in den FG-Prozessen stets die öffentliche Hand – auch mit solchen Auslagen des Erstattungsberechtigten führen, die diesen wirtschaftlich nicht belasten. ....

# Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–10, 1990)

<b>Abtretung</b>			
– Abtretungsanzeige, neuer Vordruck	90, 112	– Entnahme	90, 73
<b>Agenturgeschäft</b>	90, 36	– sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198
<b>Akontozahlungen</b>		– Fristeinhaltung	90, 156
– Doppelerfassung	90, 143	– vor Prozeßaufnahme	90, 156
<b>Allgemeine Geschäftsbedingungen</b>		– Schutzzweck	90, 82
– Verkürzung	90, 179	– Unfallversicherungsschutz	90, 198
<b>Allgemeine Versicherungsbedingungen</b>		<b>Beschlagnahmeverbot § 97 StPO</b>	
– AGB-Gesetz, § 3 und § 5	90, 42	– Anderkonto	90, 94
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte, § 4 Zf. 4 AVB	90, 42	– Kontounterlagen	90, 94
<b>Anderkonto</b>		<b>Beweislast</b>	
– Beschlagnahme d. Kontounterlagen	90, 94	– f. Fehlberatung	90, 33
– des Notars	90, 51	– Mandantenunterlagen an Stb	90, 138
– Verfügung über Gelder	90, 51	– Rückgabe von Mandantenunterlagen	90, 37
<b>Anerkenntnis, § 208 BGB</b>	90, 163	– Schaden	
<b>Anlageberatung</b>		= bei rechtmäßigem Alternativverhalten	90, 33
– d. Anlagevermittlers	90, 229	<b>Berufsverbot</b>	90, 32
– d. Mitarbeiter d. StB	90, 126	<b>Bilanzerstellung</b>	
– Prüfungspflichten	90, 127	– Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
– Risiken		<b>Buchführung</b>	
= projizierte Steuervorteile	90, 127	– verspätete Erstellung	90, 106
– und Steuerberatung	90, 122	<b>Buchführungsauftrag</b>	
– Verjährung v. Schadenersatzansprüchen		– Datenerfassung	90, 167
= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146	= Belehrungspflicht	
= Wirtschaftsberatungsfirma	90, 112	– Ordnungsmäßigkeit d. Buchführung	
<b>Anlagevermittler</b>		= Doppelerfassung, Akontozahlungen	90, 143
– Prüfungs- u. Belehrungspflichten	90, 229	= Verrechnungskonto, Differenzen	90, 143
<b>Anlagevermittlungsvertrag</b>		<b>Dritthaftung</b>	
– bei Zahlung einer Vermittlungsprovision?	90, 191	– stillschweigender Auskunftsvertrag	
<b>Annahmeverzug</b>		= Verdienstbescheinigung	90, 40
– d. Mandanten		– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	90, 19
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= Auftrag zur Bilanzerstellung	90, 3
<b>Arbeitsüberlastung</b>		= Bewertungsgutachten	90, 3
– d. Mitarbeiters, Fristversäumnis	90, 122	= Bonitätsprüfung	90, 3
<b>Auskunftsvertrag</b>		= Darlegung f. Schaden	90, 3
– stillschweigender Abschluß		= Mitwirkung b. Gesellschaftsgründung	90, 19
= Verdienstbescheinigung	90, 40	<b>Duldungsvollmacht</b>	
<b>Bauherrenmodell</b>		– d. Stb	90, 126
– Verjährung d. Schadenersatzanspruchs	90, 146	<b>Einnahme-/Überschuß-Rechnung</b>	
<b>Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA</b>		– Mitverschulden d. Mandanten	90, 135
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		– Prüfung des Geldzuflusses	90, 135
= Aufklärung d. FA	90, 53	<b>Feststellungsklage</b>	
– Beweislast	90, 156	– und Leistungsklage	90, 179
– ungefragte –	90, 160	<b>Fristenkontrolle</b>	
– Bildung einer Rücklage gem. § 6 b EStG	90, 73	– elektronische –	90, 208
– Ende d. –		– Fristenkontrollbuch	
= Beratung über Firmenumstrukturierung	90, 62	= Postausgangsbuch	90, 134
= Verfahren zur Anrechnung italienischer Körperschaftsteuer	90, 62	= Telefax	90, 32, 208
		= Wiedervorlagefristen	90, 134
		– Fristversäumnis, unverschuldete –	
		= Arbeitsüberlastung d. Mitarbeiters	90, 112

- Rechtsmittelauftrag an Kollegen	90, 32	<b>Mitverschulden</b>	
- Rückfrage bei Mandanten	90, 2	- bei Buchführungsauftrag	90, 135
- Telefax/Telebrief		- Prüfung der Bilanz	90, 57
= Fristenkontrollbuch	90, 32	- Prüfung der Einnahme-/	
= Prozeßvollmacht	90, 32	Überschuß-Rechnung	90, 135
<b>Garantievertrag</b>		- Prüfung d. Steuererklärung	90, 57
- Steuerberatungsvertrag	90, 126	<b>Nachbesserung</b>	
<b>Herausgabeanspruch d. StB</b>		- Recht d. StB's zur Mängelbeseitigung	90, 106
- von Provisionen	90, 119	- Verjährung d. Kostenanspruchs	90, 106
= Mehrwertsteuer	90, 122	- nach Wechsel d. Stb	90, 143
<b>Honoraranspruch d. StB</b>		<b>Nichtzulassungsbeschwerde</b>	
- Annahmeverzug d. Mandanten	90, 134	- Begründung d. -	90, 50
- Arglisteinwand	90, 83	<b>Notar</b>	
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	90, 104, 113	- Anderkonto	90, 51
= nachträgliche Einzelangaben	90, 113	= Rechtsweg f. Schadenersatzanspruch	90, 51
= Gegenstandswert	90, 114	- Belehrungspflichten	
= Hinweis auf Gebührenvorschriften	90, 113	= Baulastenverzeichnis	90, 200
= Lohnabrechnung	90, 117	<b>Personalanzeige</b>	
= Zeitgebühr	90, 113	- berufswidrige Werbung	90, 178
- Erfüllungsort	90, 208	<b>Pferdepensionsbetrieb</b>	90, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	90, 104	<b>Prospekthaftung</b>	
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		- Bauherrenmodell	90, 221
= Bilanzberechtigung	90, 101	= Verjährung	90, 226
= Mittelgebühr	90, 101, 115, 172	- Kausalität	90, 226
- Gerichtsstand	90, 208	- ohne Namensnennung in Prospekt	90, 13, 221
- für nicht erbrachte Leistung	90, 72	- d. Treuhänders	90, 13
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	90, 115	- Vertrauensschaden	90, 14
- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	90, 115	<b>Provisionsgeschäfte</b>	
- Unterzeichnung d. Rechnung	90, 72	- Gebühr f. Anlageberatung	90, 15
- Verjährung des -	90, 115	- Herausgabepflicht	90, 15, 119
<b>Honoraranspruch d. Wp</b>		- Rückabwicklung d. Anlage	90, 192
- d. Mehrfachberufers	90, 72	- Verjährung d. Herausgabe-	
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	anspruchs	90, 119, 192
<b>Kausalität</b>		- Zahlung an Strohmänn	90, 15, 119
- Beteiligung an Unternehmen	90, 122	<b>Prüfungspflicht</b>	
- Fehler d. RA./- d. Notar	90, 185	- ungefragte -	90, 160
- Prospekthaftung	90, 226	<b>Rechtsanwalt</b>	
- Unterbrechung d. -	90, 209	- Belehrungspflicht	
- Ursachenkette	90, 221	= Prozeßauftrag	90, 214
- wirtschaftl. Vorteile		= Prozeßkostenhilfe	90, 72
bei steuerlichen Nachteilen	90, 73	- Treueverhältnis gem. § 266 StGB	90, 87
- Schutzzweck, Steuerrisiko	90, 82	- Verantwortungsbereich f. Fehler	
<b>Kenntnis des Steuerrechts pp.</b>		d. Gerichts	90, 209
- höchstrichterlicher Rechtsprechung	90, 233	- Verantwortungsbereiche f. Fristwahrung	
- intern. Rechtsregeln	90, 2	= Mitwirkung eines Anwalts	90, 32, 50
- Zeitschriften	90, 235	- Verkehrs-/Prozeßanwalt	90, 32, 50, 209
<b>Konkursverwalter, Haftung d. -</b>		= unsachgemäße Weisung	
- Liquidationsverschleppung	90, 72	d. Mandanten	90, 214
<b>Kostenerstattungsanspruch i. Regreßprozeß</b>		<b>Rechtsberatung</b>	
- USt. d. Anwaltskosten	90, 235	- d. StB	
<b>Mandantenschutzklausel</b>		= sozialversicherungsrechtliche Fragen	90, 198
- angestellter StB	90, 169	- d. Wp	90, 18
<b>Mehrfachberufler</b>		= Ausarbeitung eines Gesellschafts-	
- Steuerberatergebührenverordnung	90, 72	vertrages	90, 18
- Verjährungsvorschrift	90, 147	<b>Schaden</b>	
<b>Mitarbeiter d. Stb</b>		- Anwaltskosten	90, 235
- Zurechnung beim Stb	90, 126	= Umsatzsteuer d. -	
		- bei Entnahme	90, 73



– Prozeßverlust	90, 19	<b>Telefax/Telebrief</b>	
– unvermeidbare Steuerzahlung	90, 53	– Fristenkontrollbuch	90, 32, 208
– vermeidbare Steuerbelastung	90, 135	– Übersendung der Prozeßvollmacht	90, 32
– Steuervorteile	90, 231	<b>Treuhänder</b>	
<b>Schätzung (§162 AO)</b>		– Mehrwertsteueroption	90, 8
– Schaden		– Prospektangaben, zugesicherte	
= Darlegungs- und Beweislast zum –	90, 129	Eigenschaften	90, 8
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>		– Prüfung bautechnischer Fragen	90, 179
– Testat ohne Prüfung	90, 95	– Prüfung planerischer Fragen	90, 179
<b>Sozialrecht</b>		– Prüfung von Nutzungsbeschränkungen	90, 179
– Beratung d. StB	90, 198	– Schadenersatz, negatives Interesse	90, 14
<b>Sozietät</b>		– Überwachung Dritter	90, 28
– Rechtsschein, Briefbogen, Stempel, Siegel	90, 73	= Gestaltung d. Zwischen- und Endmiet-	
– neuer Sozios	90, 73	verhältnisses	90, 28
– überörtliche –	90, 178	– Verjährung von Regreßansprüchen	90, 179
– Vertrag mit Sozietät o. Sozien	90, 73	= Belehrung über Fehler und	
<b>Standesrecht</b>		Verjährungsfrist	90, 179
– Personalanzeige	90, 178	= Verkürzung der Verjährungsfrist	90, 179
<b>Steuerberaterhaftung</b>		<b>Unternehmensbeteiligung</b>	
– Abweichungen zwischen Bankkonto und		– Geschäftswertermittlung d. Stb	90, 3
Abrechnungsunterlagen	90, 135	= Bonitätsprüfung d. Stb	90, 3
– Prüfungspflicht des Mandanten,		– Haftung f. Altverbindlichkeiten,	
Mitverschulden	90, 135	§ 25 Abs. 2, § 28 Abs. 2 HGB	90, 19
– Prüfungspflichten bei der Erstellung		<b>Unterschrift</b>	
der Einnahme-Überschuß-Rechnung	90, 135	– Klageschrift	90, 94
<b>Steuerberaterprüfung</b>		<b>Untreue, § 266 StGB</b>	
– Fortbildungskosten gem. § 9 Abs. 1 EStG	90, 208	– Auskehr v. Mandantengeldern	90, 87
<b>Steuerberatungsgesetz</b>		– d. Rechtsanwaltes	90, 87
– § 57		– Strafzumessung	90, 94
= Wirtschaftsberatung	90, 94	<b>Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)</b>	
= Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	– Belehrungspflicht über eigene Fehler und	
– § 67		Verjährungsvorschrift Sekundäranspruch	
= Nichtzahlung d. Versicherungsprämie	90, 2	= Ende der Belehrungspflicht	
<b>Steuerberatungsvertrag</b>		– Auflösung d. Stb.-Vertrages	90, 62, 112
– Annahmeverzug d. Mandanten		– Rückgabe der Zulassung	90, 112
= Vergütungsanspruch d. Stb	90, 134	= schuldhafte Verletzung d. –	90, 62
– Garantievertrag	90, 125	– Verjährungsbeginn	
– Kündigung, § 627 BGB	90, 134	= Beitritt zum Bauherrenmodell	90, 146
– Kündigung aus wichtigem Grund,		= Bestandskraft d. Steuerbescheides	90, 62
§ 626 Abs. 1 BGB		= Folgeschäden	90, 62, 164
= Beweislast	90, 134	= Fristversäumnis, § 13 a Abs. 2 EStG,	90, 163
– Mängelbeseitigung	90, 106, 141	§ 24 Abs. 4 UStG	
– Mitarbeiterverschulden	90, 126	= Gerichts- u. Anwaltskosten	90, 167
– Pflicht zur Wirtschaftsberatung	90, 122	= Mehrfachberufler	90, 147
<b>Steuergestaltungsberatung</b>		= Nachbesserungskosten	90, 106
– Agenturgeschäft	90, 36	<b>Verdeckte Gewinnausschüttung</b>	
– Umwandlung	90, 33	– Verpachtung der Einzelpraxis	90, 178
– Veräußerungsgewinn	90, 33	<b>Verjährung, § 51 BRAO</b>	
= Gesellschaftsanteil u. Betriebs-		– Sekundäranspruch	
grundstück	90, 47	= Anlaß zur Belehrung	90, 141
<b>Steuerhaftung</b>		= Frist	90, 141
– d. RA f. Erbschaftsteuer	90, 208	= Mandatsende	90, 141
<b>Steuerhinterziehung</b>		– Verjährungsbeginn	
– Berufspflichtverletzung	90, 2	= Schadenentstehung,	
– unvollständige Rechnung, § 14 I UStG	90, 2	Schmerzensgeldanspruch	90, 141
– Steuererklärung des StB	90, 2	<b>Verkehrs-/Prozeßanwalt</b>	90, 32, 50, 209
		– Prozeßtaktik	90, 209
		– Verantwortungsbereiche	90, 220

<b>Verrechnungskonto</b>				BGH v. 30.1.1990 – XI ZR 63/89	90, 82
– Differenzen	90, 143			= VersR 1990, 534	
<b>Verschulden</b>				= WM 1990, 808	
– Kollegialgerichtsentscheidung	90, 216			BGH v. 1.2.1990 – IX ZR 82/90	90, 112
<b>Versicherungsschutz</b>				= NJW-RR 1990, 450	
– Ansprüche gegen Versicherer				BGH v. 10.5.1990 – IX ZR 113/89	90, 185
= versicherte Gefahr, § 158 c Abs. 3 VVG	90, 156			BGH v. 31.5.1990 – VII ZR 340/88	90, 221
– Beirat u. Aufsichtsräte	90, 157			= NJW 1990, 2461	
– Bindung des Haftpflichturteils	90, 42			BGH v. 28.6.1990 – IX ZR 209/89	90, 209
– Empfehlung wirtschaftl. Geschäfte				BGH v. 5.7.1990 – VII ZR 26/89	90, 179
(§ 4 Zf. 4 AVB)	90, 42				
= Vermittlung u. Finanzierung v. ETW	90, 156			BVerfG (Vorprüfungsausschuß) v. 9.10.1989	90, 94
– wissentliche Pflichtverletzung (§ 4 Nr. 6 AVB)				– 2 BvR 1558/89	
= Nichtaufdeckung einer				= wistra 1990, 97	
Interessenverflechtung	90, 42				
= Fristversäumnisse	90, 59			Bayr. OLG v. 26.10.1987 – 4 St 164/87	90, 2
– Unternehmerrisiko	90, 157			= StB 1989, 159	
– Zahlung d. Versicherungsprämie	90, 2			OLG Celle v. 20.9.1989 – 3 U 240/88	90, 3
– Zinsen und Kosten	90, 157			OLG Düsseldorf v. 6.10.1988 – 8 U 188/87	90, 50
<b>Vorsatz</b>				= VersR 1989, 850	
– Schadenzufügung, § 826 BGB	90, 95			OLG Düsseldorf v. 15.12.1988 – 8 U 41/87	90, 156
<b>Vorteilsausgleich</b>				= VersR 1989, 286	
– Steuervorteil	90, 37, 38, 231			OLG Düsseldorf v. 22.12.1988 – 8 U 15/88	90, 156
= Afa-Vorteile	90, 232			= VersR 1989, 287	
= Vorsteuererstattung	90, 232			OLG Düsseldorf v. 13.7.1989 – 8 U 223/88	90, 32
<b>Weisung d. Mandanten</b>				= VersR 1989, 1262	
– unsachgemäße –	90, 214			OLG Düsseldorf v. 27.7.1989 – 12 U 226/88	90, 8
<b>Werbeverbot</b>				OLG Düsseldorf v. 5.4.1990 –	
– Personalanzeige für Mandanten	90, 178			18 U 244/89, rkr.	90, 135
<b>Wirtschaftsberatung</b>				OLG Düsseldorf v. 26.4.1990 – 18 U 16/90	90, 113
– Berufsbild d. Steuerberaters	90, 94			OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 216/89	90, 172
– bei Steuerberatung	90, 122			OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 –	
				18 U 243/89, rkr.	90, 115
BGH v. 25.1.1989 – VII ZB 32/88	90, 2			OLG Düsseldorf v. 3.5.1990 – 18 U 254/89	90, 192
= VersR 1989, 1167				OLG Düsseldorf v. 10.5.1990 –	
BGH v. 26.1.1989	90, 32			18 U 205/89, rkr.	90, 138
= wistra 1989, 181				OLG Düsseldorf v. 17.5.1990 – 18 U 4/90	90, 160
BGH v. 13.7.1989 – VII ZR 223/88	90, 50			OLG Düsseldorf v. 28.5.1990 – 18 U 206/89	90, 163
BGH v. 11.7.1989 – II ZB 5/88	90, 32			OLG Frankfurt v. 20.9.1988 – 11 U 15/88	90, 95
BGH v. 24.8.1989 – I StR 329/89	90, 94			OLG Frankfurt v. 4.4.1989 – 14 U 231/87	90, 33
= wistra 1990, 98				OLG Hamm v. 15.6.1988 – 25 U 155/87	90, 57
BGH v. 28.9.1989 – VII ZB 9/89	90, 32, 208			OLG Hamm v. 22.6.1988 – 25 U 198/87	90, 167
= VersR 1989, 1316				OLG Hamm v. 14.6.1989 – 25 U 22/88	90, 101
= BRAK-Mitteilung 1990, 117				= StB 1990, 162	
BGH v. 17.10.1989 – XI ZR 158/88	90, 73			OLG Hamm v. 23.6.1989 – 25 U 148/88	90, 72
= BB 89, 2438				OLG Hamm v. 26.6.1989 – 25 W 14/89	90, 106
= EWiR § 145 BGB, 1/90, 549 (Gräfel)				OLG Hamm v. 5.7.1989 – 25 U 233/88	90, 53
= NJW 90, 827				OLG Hamm v. 30.9.1989 – 25 U 251/87	90, 36
= WM 1990, 188				OLG Hamm v. 11.11.1989 – 25 U 25/88	90, 15
BGH v. 6.11.1989 – II ZR 235/88	90, 231			OLG Karlsruhe v. 24.5.1989 – 6 U 51/88	
= StB 1990, 59				= StB 1990, 158	90, 18
BGH v. 8.11.1989 – IVa ZR 163/88	90, 157			OLG Karlsruhe v. 30.8.1989 – 1 Ws 60/89	90, 87
BGH v. 7.12.1989 – I ZR 3/88	90, 94			= NSfZ 1990, 82	
= Steuertelex 173/90					
BGH v. 14.12.1989 – IX ZR 119/88	90, 51				
BGH v. 12.1.1990 – IX ZR 245/88	90, 72				

OLG Koblenz v. 28.2.1989 – 12 W 96/89	90, 59	LG Stuttgart v. 28.2.1989 – 17 O 602/88	90, 28
= VersR 1990, 41		LG Stuttgart v. 12.12.1989	
OLG Koblenz v. 9.6.1989 – 2 U 1907/87	90, 2	– 17 O 279/89 (rkr.)	90, 42
= NJW 1989, 2699		LG Würzburg v. 20.10.1989 – QS 323/89	90, 94
OLG Koblenz v. 20.11.1989 – 1 W 489/89	90, 72	= wistra 1990, 118	
= vgl. auch OLG Düsseldorf AnwBl. 1987, 47		LG Wuppertal v. 6.12.1988 – 5 O 168/88	90, 47
= AnwBl. 1984, 444			
OLG Koblenz v. 16.3.1989 –		BAG v. 27.9.1988 – 3 AZR 59/87	90, 169
5 U 1334/88, nrkr.	90, 119		
OLG Köln v. 9.3.1985 – 5 U 111/88	90, 198	BFH v. 12.5.1987 – VII B 63/87	90, 50
OLG Köln v. 4.10.1989 – 2 U 13/89 rkr.	90, 72	= BFH NV 1988, 38	
= DStR 1990, 45		BFH v. 19.1.1989 – IV R 21/87	90, 32
OLG Köln v. 2.11.1989 – 7 U 95/89	90, 141	= NJW 1989, 2646	
OLG Köln v. 7.3.1990 – 11 U 208/89	90, 106	BFH v. 2.6.1989 – X R 5/85	90, 112
OLG München v. 2.5.1989 – 21 U 2463/89	90, 208	= BFH NV 1990/117	
= NJW 1990, 191		BFH v. 24.7.1989 – III R 83/88	90, 134
OLG München v. 5.5.1989 – 14 U 646/88	90, 233	= BFH NV 1990, 248	
= BRAK-Mitteilung 1990, 116		BFH v. 28.2.1990 – I R 144/87	90, 178
OLG München v. 12.4.1990 – 6 U 5905/89	90, 178	= DStR 1990, 42	
(n. rkr.)		BFH v. 6.4.1990 – VII E 9/89	90, 235
= BB 1990, 875		= BStBl 1990, 584	
= DB 1990, 984			
= EWiR § 28 BRAO 1/90, 573 (Kleine-Cosack)		EG Berlin v. 17.8.1988 – 1 EG 10/88	90, 2
OLG Saarbrücken v. 6.6.1989 – 7 U 95/89	90, 134	= RBeistand 1989, 55	
= StB 1990, 162			
OLG Schleswig-Holstein v. 11.1.1990	90, 200	FG Berlin v. 17.1.1989 – V 95/86	90, 208
– 11 U 109/88		= BRAK-Mitteilung 1990, 118	
OLG Stuttgart v. 31.3.1989 – 9 U 234/88	90, 112	FG Hamburg v. 20.7.1989 – I 162/88	90, 94
= NJW-RR 1990, 473		= EFG 1990, 119	
		Nieders. FG v. 15.6.1990 – II 104/89	90, 208
OVG Hamburg v. 25.7.1989		= EFG 1990, 172	
– OVG Bf VI 64/86	90, 30	FG Saarland v. 24.5.1989 – 2 K 214/86	90, 30
= DStR 1989, 683		= DStR 1989, 719	
LG Duisburg v. 9.11.1989 – 9 O 97/88	90, 112	Schreiben d. Bundesministers d. Finanzen	
LG Köln v. 22.6.1988 – 20 O 5417/87	90, 126	v. 3.4.1990 – IV A 5/S 0062/5-90	90, 112
LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 3/89	90, 30		
= StB 1989, 335			
LG Köln v. 15.2.1989 – 171 StL 1/89	90, 30		
= StB 1989, 336			
LG Köln v. 22.6.1989 – 2 O 42/88	90, 131		
LG Köln v. 19.10.1989 – 2 O 71/89	90, 69		
LG Köln v. 30.1.1990 – 25 U 164/88	90, 143		
LG Köln v. 15.5.1990 – 86 O 61/90	90, 208		
= WPK-Mitteilung 1990, 157			
LG Mannheim v. 25.10.1989			
– 9 O 117/89, rkr.	90, 146		
LG München v. 3.10.1988 – 26 O 12175/88	90, 156		
= StB 1990, 24			
LG Münster v. 11.9.1989 – 3 a StL 10/89	90, 134		
= StB 1990, 163			
LG Münster v. 15.11.1989 – 7 a StL 11/89	90, 178		
= StB 1990, 238			
LG Oldenburg v. 27.8.1984 – 13 O 864/84	90, 38		
LG Paderborn v. 19.10.1989 – 3 O 394/89	90, 40		

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.